

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlen. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Goar- und Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Lettland, Estland, 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Eichlins und Kleinparten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonntag, den 6. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikaldruck: Berlin 37 134 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diabolo-Gesellschaft, Postfach 100, Berlin 3.

Anzeigenpreise:

Die einpfeilige Nonpareille Seite 10 Pfennig, Kleinspalt 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte Wort 25 Pfennig (außer bei festerdrucker Worten), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Einzelexemplar das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Einlagen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerschatz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, eingebracht werden. Geöffnet von 3 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Grevesmühlen in zweiter Instanz.

Es bleibt dabei: die Ueberfallenen haben Schuld.

Schwerin, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Reichsbannerprozess wurde folgendes Urteil gefällt: Gegen den Angeklagten Kühn 1 1/2 Jahre Gefängnis, 6 Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Frau Schmiedemann anstatt 1 Jahr, 10 Monate Gefängnis. Schulz statt 5 Monate, 4 Monate, Hermann Krendl anstatt 9 Monate, 6 Monate Gefängnis, 1 Monat Untersuchungshaft wird angerechnet. Die Berufung der Angeklagten Henning (6 Monate), Emil Krendl (4 Monate), Darnikel (4 Monate), Schüh (4 Monate), Gnast (5 Monate), Klein (4 Monate), Kopp (4 Monate), Dank (5 Monate), Grafmann (5 Monate) sind verworfen. Die Strafen bleiben dieselben. Die Begründung schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des Staatsanwalts im Plädoyer an.

Man konnte auf Grund der Berichte aus Schwerin auf allerlei gefaßt sein; das Urteil aber, das mit wenigen Verschiebungen des Strafmaßes den Grevesmühlener Rechtspruch aufrechterhält, gibt nun leider denjenigen recht, die an die Unverbesserlichkeit der deutschen Justiz wie an ein Fatum glauben.

Schon der Grevesmühlener Prozeß ist mit vollem Recht als ein „Prozeß mit verkehrter Front“ bezeichnet worden. Der Anklage lag eine einfache Kauferei zwischen Ribbahren und Reichsbannerleuten zugrunde. Eine sozialdemokratische Wahlversammlung war zu Ende. Die Besucher gingen ruhig nach Hause, als sie von einem Trupp völkischer Radabreiter angefallen wurden. Aus dem Revolver eines völkischen Jünglings fielen zwei Schüsse auf die mehrfache Menge, und dann ging es mit Hurra auf die völlig überrollten und nur zum Teil zur Abwehr bereiten Reichsbannerleute los.

Aus diesem Vorfall machte die Staatsanwaltschaft einen Angriff der Menge auf die Herberge des Frontbanns. Zustatten kamen ihr die „Protokolle“ des Untersuchungsrichters Amtsgerichtsrat Grimm, deren Weitergang gerade in der zweiten Instanz eingehend beleuchtet wurde. Amtsgerichtsrat Grimm ist der gleiche Untersuchungsrichter, der vor einigen Jahren ein „Meineidsverfahren“ gegen den republikanischen Polizeikommandant von Mecklenburg-Schwerin, Oberst Lange, ins Leben rief. Zwei Oberleutnants der Landespolizei und ein früherer Zugwachmeister sagten unter ihrem Eid aus, daß Amtsgerichtsrat Grimm fortgesetzt in befehlendem Ton versucht habe, das Protokoll zu ungunsten des Polizeiobersten Lange zu for-

mulieren. Alle drei bekundeten übereinstimmend, daß der Untersuchungsrichter belastende Äußerungen, die sie niemals zu seiner Kenntnis gebracht hatten, in das Protokoll aufgenommen hat und nur auf den energischen Protest der Verurteilten es unterlassen hat, die falsche Aussage gegen den Willen der Polizeibeamten zu protokollieren. Mit solchen Methoden sollte der „Meineid“ des Obersten Lange protokollierlich festgelegt werden, mit solchen Methoden wurde auch das Gebäude der Anklage gegen die Grevesmühlener Reichsbannerleute aufgebaut.

Auf Grund der Protokolle des Herrn Grimm versuchte die Staatsanwaltschaft den Reichsbannermann Kühn mit allen Mitteln zum „Räufelstörer“ zu stempeln, obwohl der diensttuende Polizeibeamte ausgesagt hatte, daß der Betreffende sich an den Schlägereien gar nicht beteiligte, sondern im Gegenteil ständig versuchte, die streitenden Parteien auseinanderzubringen. Alle Verwahrungen und Proteste des als Zeuge anwesenden Untersuchungsrichters Grimm konnten den düsteren Eindruck, den die Arbeit eines deutschen Amtsgerichtsrats gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold erzeugt hatte, nicht verwischen. Mit Recht führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Braun, in seinem Plädoyer aus, daß der Reichsbannerprozess von Grevesmühlen schon in dem Stadium der Voruntersuchung zugunsten der Reichsbannerleute entschieden worden sei, da die Untersuchung lediglich in der einen Richtung hin geführt worden sei, daß nur den Reichsbannerleuten ein Landfriedensbruch zur Last gelegt werden könne.

Besonders unverständlich ist die Beurteilung der Frau Schmiedemann zu 10 Monaten Gefängnis. Die Beweisaufnahme hat einwandfrei festgestellt, daß Frau Schmiedemann weder die ihr zur Last gelegten Äußerungen: „Schlagt die Hunde tot!“ getan hat, noch daß sie bei einem der zu Boden Geschlagenen gekniet hat. Nach übereinstimmender Aussage der Mehrzahl aller Zeugen ist Frau Schmiedemann in der Nähe des Zusammenstoßes überhaupt nicht gesehen worden. Auch den Angeklagten Gnast, Darnikel, Schulz und Klein konnte weder eine direkte oder auch nur eine indirekte Beteiligung an den Vorgängen nachgewiesen werden. Und trotzdem wurden auch über sie Urteile in der Höhe von vier und fünf Monaten Gefängnis gefällt!

Eine Justiz wie diese, ist eine Gefahr für Recht und Ordnung!

Ueber den Inhalt des neuen Kompromisses teilt der „Reichsdienst der deutschen Presse“ mit:

„Auf Grund eines Zentrumsantrages, mit dem dieses die letzten Erörterungen ganz wesentlich gefördert hat, soll nunmehr das Sondergericht aus vier Richtern und vier Laien bestehen. Dabei greift die Bestimmung Platz, daß der Vorsitzende, der beauftragt der Präsident des Leipziger Reichsgerichtshofes Dr. Simons sein wird, den Vorsitz nicht abgeben kann, sondern ihn dauernd auszuüben hat. Weiter bringt das neue Kompromiß die Bestimmung, daß nur solches Eigentum den Fürsten zu entschädigen ist, das einwandfrei als Privateigentum festgestellt wird und das außerdem mit einwandfreien privaten Mitteln erworben wurde. Der gesamte übrige Besitz, der auf einen Akt der Souveränität zurückgeht, verfällt entschädigungslos dem Staat. Aber selbst das Privateigentum bleibt den Fürsten nicht bedingungslos vorbehalten. In all den Fällen, wo der Staat an Teilen dieses Besitzes aus staatlichen Gründen, etwa zu Stadtungszielen, Interesse nimmt, kann er die Entschädigung beantragen. Einer der letzten Streitpunkte bestand in der Frage der Rückwirkung. Hier sollte nach der Freitag nachmittags im Reichstage in Umlauf befindlichen Meinung in einigen besonderen Fällen selbst dort die Entschädigung erfolgen, wo es sich um eine juristisch bereits abgeschlossene Sache handelt.“

Die Einzeichnung in Berlin.

Zunehmende Beteiligung.

Am zweiten Tag der Einzeichnungsfrist hat in den Abendstunden die Zahl derer, die sich in die Listen eintrugen, in Berlin zugenommen. Auch gestern Abend waren genauere Zahlen noch nicht zu erfahren. Aus allen Arbeiterwohnbezirken wurde berichtet, daß der Besuch der Eintragstellen lebhafter war als am Donnerstag. Im Bezirk Wedding haben sich gestern Abend 5800 Personen eingezeichnet gegen 4400 am Donnerstag.

Soll jedoch das Volksbegehren eine eindrucksvolle Demonstration gegen den Uebermut der Fürsten für das Recht des Volkes werden, so müssen in den folgenden Tagen und namentlich am Sonntag noch ganz andere Ziffern erzielt werden. Es gilt gegenüber den Fürstenforderungen eine Volkspflicht zu erfüllen. Keiner darf zurückbleiben, keiner darf die Erfüllung dieser Pflicht auf später verschieben!

Seht am Sonnabend und Sonntag in Massen zur Einzeichnung!

Kompromißverhandlungen der Regierungsparteien.

Durch Wolffsbureau wurde gestern Abend mitgeteilt: Die unter Vorsitz des Reichsanwalters Dr. Luther geführten Verhandlungen unter den Regierungsparteien einschließlich der Wirtschaftlichen Vereinigung über das Gesetz betreffend die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den Fürstenhäusern sind in den heutigen Abendstunden beendet worden.

Alle Beteiligten legten großes Gewicht darauf, vor der Abreise des Reichsanwalters zu einem Ergebnis zu gelangen. Unstritten waren im wesentlichen folgende Punkte: Zusammenfassung des Sondergerichts, rückwirkende Kraft des Gesetzes und einzelne Fragen betreffend die Teilungsmasse.

In allen Punkten wurde unter den anwesenden Parteiführern und Ausschussmitgliedern eine grundsätzliche Einigung erzielt, wobei die Befehlsgewalt der Fraktionen vorbehalten blieb.

Eintragestellen!

Die Eintragestellen für das Volksbegehren werden heute Sonnabend und morgen Sonntag

durch Säulenanschlag

wiederholt bekanntgegeben. - Seht heute an den Plakatsäulen nach, wo die Eintragestellen sind.

Zeichnet euch in die Listen ein!

Die Sparsamkeitsphrasen.

Ein Kampfmittel gegen Republik und Wohlfahrtsstaat. Von Erich Hoffmann, WDR.

Als im Jahre 1923 die Nullenschieberei auf ihren Höhepunkt gelangt war, erstanden der deutschen Republik Leute, die Deutschland währungs-, finanz- und wirtschaftspolitisch kurieren wollten. Die Verwaltung der Republik arbeitete teuer und schlecht, war die Parole. In der vergrößerten Agitation der Rechten hieß das, die rote Bonzen- und Sinekurenwirtschaft hat uns an den Ruin gebracht. Bei der Schaffung der Reichsabbaukommission und des Reichspar-Kommissars ist die Sinnes-Clique hinter den Kulissen die treibende Kraft gewesen. Diese Reichsabbaukommission bestand aus den Herren Sämisch, von Weiser, Lewald, Beller und Busch, fast durchweg Persönlichkeiten, die wegen ihrer feindseligen Haltung zur republikanischen Staatsform den Dienst quittieren mußten. In einer Zeit wieder-auflebender Sozialistenbegeisterung gab ihnen die Sinnes- und Hugenberg-Prese folgende Ermunterungen mit auf den Weg:

Den neudeutschen Regierungen sind die Wohnungen zur Sparsamkeit auf die Knochen gefallen. Sämisch, aus der allerbesten altpreußischen Verwaltungsschule, ist so etwas wie Diktator geworden. Wo überflüssige Etatsstellen während und nach der Revolution geschaffen wurden, müssen sie verschwinden. Nicht jagst, besonders die Futtertruppen der Sozialdemokratie anpacken. („Tag“, Januar 1924.)

Eine weitere Parole lieferte die „Deutsche Bergwerkszeitung“, die am 23. Februar 1924 schrieb: „Das Reichsarbeitsministerium hat seinen Namen davon, daß es verhindern muß, daß zu viel gearbeitet wird.“ Also los gegen die Republik und ihre Sozialpolitik. Die republikanischen Beamten des Reichsinnenministeriums, Dr. Fall, Dr. Bredt und Haenschel wurden unter dem Deckmantel der Verwaltungsvereinfachung von ihren einflussreichen Positionen verdrängt; dem sozialistischen Staatssekretär Schulz wurde das gleiche Schicksal angekündigt.

Das Reichsarbeitsministerium hatte schon während der Inflation und besonders nach ihrer Ueberwindung aus eigener Initiative eine vorbildliche Sparsamkeit in der Verwaltung entfaltet. Es ist heute mit seinen nachgeordneten Behörden vom Standpunkt der Verwaltungs- und Bureaukratie aus gesehen, zweifellos die fortgeschrittenste Reichsbehörde. 48 Proz. des Personalbestands sind im Laufe weniger Jahre abgebaut worden. Ich spreche aus eigener Erfahrung, wenn ich feststelle, daß es dazu einer Anregung des Sparsamkeitskommissars bedurft hat. Der Sparsamkeitskommissar, in dessen Bureau die Mitglieder der Verwaltungsabbaukommission führend tätig waren, fiel trotzdem mit besonderem Eifer über das Reichsarbeitsministerium und seine nachgeordneten Behörden her. Vier- bis fünfmal wurden Ministerium und Außenstellen durchgehohlet, wobei sich oft der blutigste Dilettantismus mit Bezug auf die sachlichen Aufgaben der Behörden offenbarte. Auf die sozialen Einrichtungen für Kriegsbeschädigte und Hilfsbedürftige hatte man es in erster Linie abgesehen. Besonders unbeliebt war die Gewährung von Badekuren an die schwerleidenden Kriegsteilnehmer. Auf der anderen Seite waren vor allem die „Besichtigungen an Ort und Stelle“ durch Beauftragte des Sparsamkeitskommissars sehr beliebt. Manchmal erfreuten sich kleine und kleinste Außenstellen im Monat drei- bis viermal hohen Besuchs. Da kamen Beamte des Ministeriums zur Erfüllung ihrer selbstverständlichen Aufsichtspflicht, ihnen folgten die Herren des Rechnungshofs, dann die Beauftragten des Sparsamkeitskommissars und schließlich die Abgesandten der Zweigbüreaus des Sparsamkeitskommissars, oft in der Mehrzahl, und natürlich jedesmal in Begleitung des Chefs der Provinzialbehörde. Die Beamtenhaftung fing an zu klackern über diese seltsame Sparsamkeit. Das war schlimm. Schlimmer war die Tatsache, daß Eingriffe in die laufende Verwaltung vorkamen. Erschütterung der Disziplin der Beamten, Verwirrung im Gang der Behörden und eine Vermehrung der unseligen Schreibererei waren die Folge. Allmählich sicherte es durch, daß die Verwaltung ein neues Oberministerium mit 37 Referenten und einem Jahresaufwand von 787 000 M. erhalten hatte, ohne die Lasten, die den Mutterbehörden zufielen, die Beamte kommissarisch zum Sparsamkeitskommissar abordneten.

Inzwischen ist das Bureau des Sparsamkeitskommissars verkleinert worden. Immerhin erforderte es für 1925 noch 265 000 M. Der Reichstag hat sich im Vorjahr vorbehalten, die Befreiung der Einrichtung beim Voranschlag für 1926 ernsthaft zu prüfen. Seitdem wird eine lebhaft propagandistische Idee entfaltet, die Befugnisse des Sparsamkeitskommissars zu erweitern und ihn zu einer Dauerinstitution der deutschen Republik zu machen. Hierbei sind die sozialreaktionären Tendenzen der ganzen Einrichtung mit voller Deutlichkeit zutage getreten. Auf Anregung des Herausgebers des „Deutschen Spiegels“, besser gesagt, der Finanziers dieser reaktionären Wochenschrift, wurde im Juni vorigen Jahres das bekannte „Kuratorium für Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen“ gegründet. Vorsitzende sind Reichsminister Sämisch und Reichsbürgerratspräsident Staatsminister a. D. v. Voebell.

Biertimpelen.

Unterschlagungen an der Berliner Universität.

An der Berliner Universität sind etwa 80 000 Mark veruntreut worden. Es handelt sich um Gelder, die vom Ausschuss der Studentenschaft bewirtschaftet werden.

Wie war dies möglich? Waren behördlicherseits alle Maßnahmen getroffen, um einer solchen Veruntreuung nach besten Kräften vorzubeugen? Diese Fragen stehen im Vordergrund der Erörterung des Falles, der nicht nur eine kriminelle, sondern auch eine besondere hochschulpolitische Bedeutung hat und darüber hinaus die ganze Bevölkerung stark interessiert.

Es ist ja nicht das erste Mal, daß in der Kasse des Berliner Studentenausschusses große Fehlbeträge festgestellt werden. Vor sechs Jahren bereits ereignete sich ein derartiges Vorkommnis, das die Studenten Schwabe und Bierimpel betraf, die beiden damaligen Vorsitzenden der Berliner Studentenschaft, welche sich — nicht zulezt wegen ihrer nationalistischen Einstellung — der besonderen Gunst des Rektors Prof. Eduard Meyer erfreuten.

Die Aufdeckung jener „Biertimpel“ — der Volkstümlichkeit in jener Zeit dieses Wort — geschah durch das Eingreifen der sozialistischen Fraktion der Studentenschaft. Der Schreiber dieser Zeilen, welcher damals an der Berliner Universität volkswirtschaftliche Studien trieb, erklärte in einer öffentlichen Sitzung der Studentenschaft als Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion, die Kassenführung des Ausschusses sparte jeder Beschleunigung und beantragte die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Dieser wurde gebildet. Sehr bald darauf wurde ein großer Fehlbetrag in der Kasse des Ausschusses der Studentenschaft festgestellt.

Rundmehr ging man an die Wahl eines „Vermögensbeirats“, dem zwei Universitätsprofessoren, der Universitätsrichter und einige Akademiker und Studenten angehörten. In der ersten Sitzung beantragte der Schreiber dieser Zeilen als Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des „Vermögensbeirats“, um künftigen Veruntreuungen vorzubeugen, eine vollkommene Neuordnung der Verwaltung des Studentenfonds. Nachdem sich noch herausgestellt hatte, daß von Mitgliedern des Studentenausschusses anlässlich der Beisitzung der Kaiserin erhebliche Geldsummen für Autofahrten von Berlin nach Potsdam vergeblich worden waren, geschah dies auch. Als Rechnungsführer wurde ein pensionierter Ministerialsekretär angestellt, der dem Vermögensbeirat verantwortlich und von diesem angewiesen war, jede Geldanforderung des Studentenausschusses vor der Auszahlung des Betrages durch die Universitätskasse nachzuprüfen und gegebenenfalls mitzuteilen. Gegen diese sehr heilsame und notwendige Kontrolle, die auch den Mißbrauch der studentischen Gelder zu politischen Zwecken zu unterbinden geeignet war, lief der Ausschuss Sturm. Und schließlich erreichte er, daß diese einzig wirksame Art der Überwachung seiner Kassenführung wieder abgeschafft und der Einfluß des Vermögensbeirats stark eingeschränkt wurde.

Hätten die behördlichen Organe sich mit dieser unzumutbaren Neuregelung nicht einverstanden erklärt, sondern die frühere Art der Überwachung der Kassenführung beibehalten, so wären die jetzigen Unterschlagungen ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Man kann also nicht davon sprechen, daß die Studenten, die Mitglieder des Ausschusses sind, die Allein Schuld trifft.

Die Studentenschaft ist einem ständigen Wechsel unterworfen. Der Kassenführung muß aber eine gewisse Beständigkeit und Gleichmäßigkeit eigen sein. Man vertraut auch nicht jungen Studenten große Geldsummen an, wie dies geschehen ist. Studentische Selbstverwaltung bedeutet in keinem Falle völlige Eigenwilligkeit der Studentenschaft bei der Verwaltung des Studentenfonds.

Es ist dringend notwendig, daß das preussische Kultusministerium sofort die Rechte der Vermögensbeiräte an sämtlichen preussischen Universitäten erweitert; aber auch der preussische Landtag wird gut tun, sich mit der Frage der Verwaltung der Studentengelder eingehend zu befassen.

Dr. med. Alfred Korach.

Kaz wird zahm.

Er will auf die Füße stehen.

Hannover, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Reichstagsabgeordneter Swan Kaz hat beim Magistrat in Hannover ein Gesuch um Anstellung eingereicht. Er erklärt sich darin bereit, das Reichstagsmandat niederzulegen und sich völlig aus dem politischen Leben zurückzuziehen, wenn er wieder beim Magistrat angestellt würde. Um sein Gesuch wirksamer zu machen, hat er darin ausgeführt, in welchen Kommissionen des Reichstages er überall mitgearbeitet hat.

Der Haushalt des Reichskanzlers.

Beratung im Hauptausschuß.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt lehnte in der Nachtigung vom Donnerstag nach längerer Debatte den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung der für die „Technische Rothhilfe“ verlangten 28 Millionen ab, bewilligte diese Summe und erhob die folgende vom Abgeordneten Erling (Zentrum) eingebrachte Entschiedenheit zum Beschluß: „Um die Technische Rothhilfe möglichst bald beseitigen zu können, wolle die Reichsregierung neue Wege zur Sicherung der Rothhilfeversorgung vorschlagen. Als solche dürften sich besonders empfehlen: ein wirksames Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren, wie auch der Abschluß von Arbeitsverträgen. Diesen Maßnahmen muß eine besondere Sicherstellung der Arbeits- und Existenzbedingungen der mit lebenswichtigen Arbeiten Beschäftigten folgen.“

In der Sitzung von Freitag früh wurde zunächst der Haushalt des Reichskanzlers verhandelt. Auf eine Anfrage des Referenten Gen. Laubadel erwiderte der Regierungsvertreter, daß das Ministerpersönlichkeitsgesetz bereits ausgearbeitet sei und dem vorigen Kabinett schon vorgelegen habe. Das jetzige Kabinett aber habe sich damit noch nicht beschäftigen können. Ueber die Aufwandsstellen und den Dispositionsfonds entspann sich eine längere Erörterung, in deren Verlauf der Berichterstatter Gen. Laubadel die Anregung gab, der besseren Übersichtlichkeit wegen die verschiedenen Titel, die solche Summen auswerfen, zusammenzufassen. Der Antrag wurde indessen nicht entprochen. Das Kapitel „Vertretung der Reichsregierung in München“ sollte nach kommunistischen und völkischen Anträgen ganz gestrichen werden. Der Regierungsvertreter hat insbesondere zu bedenken, daß einige auswärtige Staaten (so Frankreich und Italien) in München eigene Vertretungen unterhalten, so daß es schon aus außenpolitischen Gründen dringend geboten sei, daß auch das Reich dort vertreten bleibe. Unter Ablehnung der kommunistischen und völkischen Anträge beschloß der Ausschuss nach kurzer Debatte, es in diesem Jahre noch bei den Anträgen zu belassen.

Beim Haushalt des Reichspräsidenten wurde zunächst ein kommunistischer Antrag auf „Streichung des Reichspräsidenten“ abgelehnt. Sodann gab auf Anfrage der Staatssekretär genaue Auskunft über die Verwendung der „zur Verfügung des Reichspräsidenten“ angeforderten 75 000 M. (mehr gegen das Vorjahr 45 000 M.). Der Referent Dr. Klöcker (Zentrum) verlangte Vereinfachung in der Geschäftsführung des Bureaus des Reichspräsidenten, damit in Zukunft die Einstellung von weiteren Arbeitskräften, die in diesem Jahr in großer Zahl erfolgt sei, unterbleiben könne. Er beantragte eine Streichung bei dem Titel „Hilfsleistung“ von 3000 Reichsmark. Nach kurzer Aussprache wurde diese Streichung angenommen und der ganze Etat genehmigt.

Von dem dann zur Beratung gestellten Haushalt der Kriegskassen, der im allgemeinen recht übersichtlich aufgestellt ist, wurden einige Titel zur genaueren Nachprüfung an den Unterausschuß verwiesen. Als das auch mit dem Titel „Geheime“ sollte, der für „berühmte Ausgaben“ 90% Million verlangt, erklärte der Regierungsvertreter, die Regierung sei bereit, bei diesem Titel einen

Vor der Entscheidung in Genf.

Vorbereitung am Sonntag. — Die Abreise der deutschen Delegation.

Wie eine Londoner Reuter-Delegation berichtet, hat der deutsche Botschafter darauf hingewiesen, daß die Stellungnahme Deutschlands völlig klargestellt worden sei, nämlich dahin, daß Deutschland nicht in der Lage sei, in irgendeinem der in der Hamburger Kanzlerrede aufgestellten Gesichtspunkte Konzessionen zu machen. Das heißt wohl im wesentlichen, daß die deutsche Abordnung zur Frage der Einräumung ständiger Ratsitze an andere erst dann Stellung nehmen kann, wenn sie eine Zeitlang im Rat den ganzen Völkerbundsorganismus genügend kennen gelernt hat — also nicht schon jetzt. Sollte ein weiterer Staat darauf bestehen, daß er jetzt seinen ständigen Ratsitz erhalten müsse, so gebe es in Genf eben eine große Krise. In der Vorbereitung der Abordnungsleiter Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs und vielleicht auch Italiens am Sonntag wird, wie Reuter meldet, das Kompromiß gesucht werden. Vorsitzender der Völkerbundsversammlung soll Alfonso Costa-Portugal werden.

Die Abreise der deutschen Abordnung.

Am gestrigen Freitagabend 10 Uhr 5 Minuten ist die deutsche Abordnung in der schon bekannten Zusammenfassung nach Genf abgefahren. Zur Verabschiedung waren u. a. erschienen der schweizerische Gesandte Rüfenach und die Reichsminister Brauns, Curtius, Kütz und Reinhold. Der Zutritt zu diesem Teil des Bahnsteiges war nur mit besonderen Ausweisen gestattet.

Stresemanns Abschiedsworte.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann sagte vor seiner Abreise einem Vertreter der „Telegraphen-Union“: „Deutschlands Stellung zu den schwebenden Völkerbundsfragen ist von Anfang an klar und folgerichtig gewesen. Die Schwierigkeiten, die im letzten Augenblick austraten und das ganze Werk von Locarno zu gefährden drohten, sind darauf zurückzuführen, daß für die Lösung dieser Probleme zunächst nicht die in Locarno mit solchem Erfolge erprobte Methode offener und vertrauensvoller Aussprache unter allen Beteiligten angewandt wurde, sondern daß man versuchte, sich über Deutschlands Kopf hinweg zu verständigen. Deutschlands Stellung zu der Frage der Neugestaltung des Völkerbundes ist in der Hamburger Rede des Reichskanzlers klar ausgesprochen worden. Ich hoffe, daß die für Sonntag vorgeesehenen Besprechungen mit den Führern der am Vertrag von Locarno hauptsächlich beteiligten Mächte

die glückliche Atmosphäre von Locarno wiederherstellen

wird. Der Wiederaufbau Europas kann nur gelingen, wenn endlich der Geist des Mißtrauens und der Furcht aus den internationalen Beziehungen verschwindet und dem entschlossenen Willen zur Zusammenarbeit Platz macht. Diesem Ziele soll in erster Linie der Völkerbund dienen, dessen Verhandlungen den führenden Staatsmännern der Mitgliedsstaaten Gelegenheit zu persönlicher Aussprache über die Bedürfnisse der Völker geben.

Es wäre verfehlt, vom Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine grundlegende Veränderung der deutschen Außenpolitik

Situation zu erwarten. Wohl aber bedeutet er einen guten Schritt vorwärts auf dem Wege aus dem Abgrund, in den uns der Krieg geführt hat, zu dem Plaz, der Deutschland unter den Völkern gebührt.“

Schweden bleibt fest.

Stockholm, 5. März. (M.B.) Unmittelbar vor seiner Abreise nach Genf erklärte der Außenminister Udden im Reichstag, daß Schweden an seiner wiederholt dargelegten Auffassung festhält. Die Regierung teile die Meinung, die in der Völkerbundsversammlung zu legt im Jahre 1923 zum Ausdruck kam und dann allgemeine Billigung fand. Eine Erweiterung der ständigen Ratsitze über den Rahmen der Großmächte hinaus, muß auf die stärksten Bedenken stoßen.

Schweden habe stets die Auffassung vertreten, daß die Stellung der Völkerbundsversammlung dem Räte gegenüber durch eine solche Vermehrung der Ratsitze geschwächt werden würde. Dazu komme die Schwierigkeit, um nicht zu sagen die Unmöglichkeit, einen Grundhag zu finden, nach dem gewisse Staaten dieselbe Vorzugstellung wie die Großmächte erhalten sollten, indem man ihnen ständige Ratsitze zubilligte. Die Probleme der Zusammenfassung des Rates, die nach der schwedischen Auffassung einer Lösung bedürfe, beziehen sich nicht auf die Zahl der ständigen Ratsitze, sondern darauf, in welcher Weise die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder erfolgen soll? Wenn nun eine neue Prüfung der Regeln über die Zusammenfassung des Rates beantragt werde, könne sich die Regierung kaum einer solchen Untersuchung widersetzen. Sie müsse aber dann alle Seiten des Problems, namentlich die Anwendung des Wechsels für nichtständige Ratsmitglieder berücksichtigen.

Ausgangspunkt für jede Prüfung der Frage wegen Zusammenfassung des Rates dürfe übrigens lediglich die Rücksicht auf die Interessen des Völkerbundes sein und nicht die Rücksicht auf die Sonderinteressen einzelner Staaten. Jedenfalls sei die Regierung der bestimmten Auffassung, daß, wenn die Frage der Neugestaltung des Rates auf der Märztagung angeregt werden sollte, sie bis zu einer späteren ordentlichen Völkerbundsversammlung vertagt werden müßte. Die Frage könne vom Standpunkt des Völkerbundes nicht als so eilig betrachtet werden, daß der ordentlichen Völkerbundsversammlung nicht Gelegenheit gegeben werden müßte, alle Seiten des Problems eingehend zu prüfen.

Die Regierung habe dementsprechend der Delegation Schwedens die Weisung gegeben, Beschlüssen über eine Umgestaltung des Rates — abgesehen von der Verteilung eines Ratsitzes auf Deutschland — auf der Märztagung Widerstand entgegenzusetzen, sowie sich überhaupt nicht an eine bestimmte Lösung dieser verwickeltesten und bedeutungsvollsten Frage zu binden.

Die Führer sämtlicher Parteien schlossen sich nachdrücklich diesen Ausführungen an und erklärten, daß die Regierung bei ihrer Haltung in dieser Frage ein einmütiges Volk hinter sich habe.

Abstrich von 35 Millionen (!) vorzunehmen, und das sei doch eine runde, nette Summe. Der Vorsitzende ersuchte darauf die Mitglieder des Unterausschusses, diesen Titel in allen Einzelheiten ganz besonders scharf unter die Lupe zu nehmen, wenn die Regierung schon freiwillig solche Abstriche vornehmen wolle, dann würde eine genaue Durchprüfung noch viel runderes, nettens Summen zum Abstrich ergeben. Wegen Beginn des Plenums müßte die Beratung abgebrochen werden.

Die Organisation des Branntweinmonopols

Rückgang des Verbrauchs an Trinkbranntwein.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags für die Branntweinmonopolverwaltung nahm am Freitag den Bericht des Abg. Diez (S.) über die Organisationsfragen entgegen. Nach eingehender Kritik im einzelnen kam er zu dem Ergebnis, daß das Resultat zuungunsten der Monopolbewirtschaftung des Branntweinmonopols spreche. Die tiefere Ursache der mangelhaften Lage der Monopolverwaltung sei aber weniger in den Mängeln der Verwaltung, als vielmehr in der Verminderung des Konsums an Trinkbranntwein zu suchen. Das Urteil, ob die Monopolbewirtschaftung durch die freie Wirtschaft zu ersetzen sei, könne man jedoch gegenwärtig noch nicht fällen.

Die Diskussion des Berichts wurde bis zur schriftlichen Vorlage zurückgestellt. Zugleich soll das Referat über die Verhältnisse im Beirat des Branntweinmonopols erstattet werden. Berichterstatter hierüber ist der Abg. Eggerstedt (Soz.).

Benesch in Wien.

Die tschechisch-deutschösterreichischen Beziehungen.

Der tschechische Außenminister Dr. Benesch erwiderte jetzt in Wien frühere Besuche deutschösterreichischer Staatsmänner in Prag, so den unseres Genossen Dr. Karl Renner, der als Staatsrat der Republik von Lana mit der nördlichen Nachbarrepublik geschlossen hat. Diesmal wurde ein Schiedsvertrag zwischen beiden Republiken für politische und juristische Streitfragen unterzeichnet.

Der Besuch hat aber noch einige Bedeutung mehr. Es ist schon so, daß die amtlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Nachbarstaaten und der Tschechoslowakei über volle „Korrektheit“ nicht hinauskommen, solange über 3 Millionen Deutsche in diesem Staate dauernd berechtigten Grund zur Klage über Benachteiligung wegen ihrer Nationalität und über Mißbrauch des Staates zu nationaler Fremdherrschaft haben. In dem Maße, wie die Teilung der europäischen Staaten in eine Sieger- und Besiegtengruppe aufhören und die Tschechoslowakei also nicht mehr im Lager der einen, gegen die Deutschen gerichteten Gruppe stehen wird, wie ferner ihre innere Entwicklung den Sudetendeutschen Gerechtigkeit gibt, werden die Beziehungen Berlin—Prag und Wien—Prag sich über die bloße Korrektheit hinaus zur Freundschaft und hoffentlich selbst zur Herzlichkeit entwickeln können.

Keine deutschösterreichische Regierung dürfte und würde freiwillig irgendwelche weitere Bindung gegen die Erlangung des deutschösterreichischen immer noch verlegten Selbstbestimmungsrechts eingehen. Benesch wird auch dergleichen nicht versuchen, zumal der Plan, mit dem er seinerzeit die Anschlußbewegung ersticken wollte: Vorzugsabläufe der Nachbarstaaten zugunsten deutschösterreichs, gescheitert ist. Er muß sich damit abfinden, daß das ganze Volk deutschösterreichs einmütig beim ins Reich will. Mit der Kleinen Entente steht es nicht übermäßig gut. Südslawien hat sich mit Italien verständigt, Prag will, aus alldrischen wie aus Abhörgründen,

Sowjetrußland anerkennen — während Rumänien und Rußland in nur unterbrochenem Kriegszustand leben.

Deutschösterreich kann allerdings weder ein Bundesgenosse noch eine Gefahr für den Tschechenstaat sein. Aber es kann für eine neue Schweiz die Brücke nach Deutschland sein. Ob Benesch solche nützliche Gedanken hegt, wird die Zukunft lehren.

Benesch an die Presse.

Wien, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Dr. Benesch gab in der tschechischen Gesandtschaft den Journalisten auf verschiedene Fragen Auskunft. Er erklärte, daß der Schiedsgerichtsvertrag den Locarnotypus habe und im gleichen Geiste sei. Sodann sprach er über Genf und sagte, die Aufnahme Deutschlands und die damit verbundenen Veränderungen des Völkerbundsstatuts würden jedenfalls eine ausgedehnte Debatte herbeiführen, die die ganze nächste Woche und wahrscheinlich noch einen Teil der übernächsten ausfüllen werde. Ueber die Erweiterung des Völkerbundes könne er nur schwer sprechen, weil er nicht wisse, was in Genf geschehen werde. Er sei immer für die Erweiterung des Rates eingetreten und auch immer dafür, daß alle Ratsitze ständige gemacht würden, damit es nicht zwei Gruppen von Staaten gäbe. (Die gäbe es dennoch, solange nicht alle Staaten Ratsmitglieder wären! Red.)

Anglofinanz und Fälscherliquen.

Warum England die Furchtsthen schützt.

Von informierter Seite wird uns mitgeteilt: Der Artikel „Bethlens Verzweiflungskämpfe“ im Morgenblatt des „Vorwärts“ vom 2. d. M. enthüllt die mannigfachen Beziehungen der ungarischen Frankenfälscher zu England, so daß die schwer verständliche Haltung der englischen Presse zu dem Budapest Standal erst einigermaßen klarer wird. Sie erwähnen mit Recht auch die Interessen einer englischen Finanzgruppe und die Manipulationen des „Finanzdiplomaten“ Sir William Goode zugunsten der Fälschergentry. Nun muß man wissen, daß die Furchtsthen-Regierung im vorigen Jahre über eine neue Anleihe in England verhandelt hat. Sir William Goode war an dem Gelingen der Verhandlungen sehr interessiert. Derte große Geschäfte tragen beträchtlich große Provisionen. Alles ging gut, die ungarische Regierung war bereit, mit riesigen Latifundien als Garantie für die Anleihe aufzumachen. Die beteiligten Banken betrachteten das Geschäft als perfekt und einzelne von ihnen strakten bereits bedeutende Geldsummen vor. Da plözte die Nachricht von den ungeheuren Frankenfälschungen wie eine Bombe dazwischen. Die Anleihe konnte nicht mehr aufgelegt werden, die Provision war ins Wasser gefallen, die engagierten Banken sahen die gewährten Kredite schwer gefährdet. Daher die Aufregung der englischen Finanzkreise über die immer schlimmeren Enthüllungen aus Budapest und über die Kompromittierung der Verantwortlichen ungarischen Regierung. Daher der Druck auf die Presse und die öffentliche Meinung. Wenn man fortan englische Darstellungen des ungarischen Standals liest, wird man diese Vorgänge in Betracht ziehen müssen.

Hollands Kolonialfragen. Wieder einmal sind Kolonialtruppen auf Sumatra im Tjehgebiet überfallen worden, wobei zehn Soldaten getötet, drei schwer und zwei leicht verletzt wurden. Von der 18 Mann starken Patrouille sind nur zwei Soldaten unverfehrt entkommen.

Gewerkschaftsbewegung

Eine kommunistische Lüge.

Aus dem Bureau des Hauptvorstandes des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

„Die Rote Fahne“ vom 4. März bringt eine durchaus verlogene Notiz, in der es als „unerhört“ bezeichnet wird, daß die SPD-Fraktion des Preussischen Landtages gegen einen Zusatzantrag der KPD zu § 77 der Städteordnung gestimmt hat, den die KPD angeblich „in Übereinstimmung mit dem Hauptvorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter eingebracht“ haben will. Es ist aber unklar, daß die KPD diesen Antrag in Übereinstimmung oder überhaupt mit Wissen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes gestellt hat. Wahr ist vielmehr folgendes:

Die KPD-Fraktion ließ dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband vor der 2. Lesung der Städteordnung dessen Entwurf zu gehen, mit der Anfrage, ob seitens des Verbandes zu den §§ 73-96 Anregungen zu geben wären. Hierauf hat, wie vorher auch mit der SPD-Fraktion, eine Besprechung mit dem Abgeordneten Dörr von der KPD stattgefunden. Dörr wurde darauf aufmerksam gemacht, daß § 67 des Entwurfs eine ganz unmögliche Fassung habe, weil nach ihm die Dienst- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Angestellten und Arbeiter, ihre Bezüge, Rechte auf Urlaub usw., lediglich „nach Anhörung“ geordneter Vertretungen der Angestellten und Arbeiter nach festen Grundrissen zu regeln seien. Diese Bestimmung hätte nicht einmal das auch den Gemeindefunktionären gesetzlich zustehende Recht auf Abschluß von Tarifverträgen durch die Städteordnung festgelegt. Eine Regelung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse lediglich nach „Anhörung“ geordneter Vertretungen, wobei nicht einmal die gewerkschaftlichen Verbände allein verstanden werden brauchen, würde auf eine einseitige Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Gemeindeverwaltung hinauskommen. Es wurde eine Verständigung mit dem Abg. Dörr dahin herbeigeführt, daß auch von der KPD-Fraktion, ebenso wie es auch die SPD-Fraktion zugesagt hatte, ein Antrag zu § 67 eingebracht werden würde, wonach die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer zu regeln sind. Man war sich darüber klar, daß der Antrag nur mit Hilfe des Zentrums angenommen werden könnte.

Wir hielten daher in Übereinstimmung mit dem Abg. Dörr den schon vorhandenen Antrag der KPD zu § 77, wonach für die Betriebe nur mit freigewerkschaftlichen Organisationen entsprechend den Forderungen dieser Organisationen Tarifverträge abgeschlossen werden sollen, in der vorliegenden Form für aus schließlich und demgemäß für unzweckmäßig. Der Abg. Dörr erklärte selber, er hätte schon dem Abg. Kilian von seiner Fraktion gesagt, daß dieser Antrag nur ein Demonstrationsantrag sei. Die Besprechung endigte damit, daß Abg. Dörr veranlassen wollte, den KPD-Antrag zu § 77 fallen zu lassen und den schon vereinbarten Abänderungsantrag zu § 67 neu zu stellen.

Wie die Notiz der „Roten Fahne“ zeigt, hat die KPD ihren Antrag zu § 77 nicht fallen lassen. Sie hat über ihn sogar namentliche Abstimmung veranlaßt. Das Wüten der „Roten Fahne“ gegen die SPD-Fraktion der Ablehnung des Demonstrationsantrages“ ist im höchsten Grade unehrlich.

Soweit die Zuschrift. Sie kennzeichnet nicht allein die beispiellose Verlogenheit der KPD, sondern auch das direkt arbeiterschädigende Verhalten dieser angeblichen Arbeiterpartei. Sie bricht rücksichtslos eine mit der Gewerkschaft getroffene Vereinbarung und hält einen „Demonstrationsantrag“ aufrecht, ganz unbekümmert darum, daß dadurch die Annahme des mit der Gewerkschaft vereinbarten Antrags gefährdet wird. Sie hat damit noch die Frechheit, unsere Genossen als „Arbeiterverräter“ zu beschimpfen.

Herabdrückung der Notstandsarbeiterlöhne?

Der Reichsdienst meldet: Das Reichsarbeitsministerium hat einen Kundenerlaß an die Länder gerichtet, in dem sie dazu aufgefordert werden, auf das schärfste zu überwachen, daß die Gehälter der Erwerbslosenfürsorge tatsächlich nur zu Notstandsarbeitern verwendet werden. In dem Erlaß wird darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Sätze der Erwerbslosenfürsorge diese in die Nähe der Normal-

löhne herangebracht hat und daß darin eine verstärkte Gefahr für Mißbrauch läge. Das Preussische Wohlfahrtsministerium wird in Ausführung dieses Erlasses die Zahl der „Prüfer“ vermehren, die von den kommunalen Instanzen unabhängig, die Bezirke bereisen und die Verwendung der Gelder prüfen. Unabhängig davon wird das Reichsarbeitsministerium besonders nach den ländlichen Bezirken Kontrollreue entsenden, da hier die Gefahr eines Mißbrauchs besonders groß ist. Im allgemeinen sollen die Löhne aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge nur 60 Proz. der Normallöhne betragen.

Gegen eine scharfe Kontrolle darüber, ob die Gelder der Erwerbslosenfürsorge auch sachgemäß verwendet werden, ist nichts einzuwenden. Etwas anderes aber sagt der Schlußsatz. Wenn diese Regelung zutrifft, dann würde das praktisch nicht nur eine Herabsetzung der ohnehin ungenügenden Notstandsarbeiterlöhne bedeuten, sondern in vielen Fällen noch eine Unterschreitung dieser

Metallarbeiter! Besucht die Wahlkörperverfassungen!

Löhne unter die Sätze der Erwerbslosenfürsorge. Soll die produktive Erwerbslosenfürsorge jedoch nicht zum Kinderpfand werden und wirklich produktiv sein, dann muß im Gegenteil durch die Möglichkeit, höhere Löhne zu verdienen, der Anreiz zur Steigerung der Leistung gegeben werden. Wir erwarten, daß die amtlichen Stellen sich zu dieser Regelung äußern.

Die Gewerkschaften führen den Tageskampf.

Die KPD fällt ihnen in den Rücken.

Die Gewerkschaftspalier der „Roten Fahne“, die grundsätzlich gegen alles antworten, was von den Gewerkschaften geschieht, legen ihr dummes Geschrei über die Denkschrift der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fort. Von einem sachlichen Eingehen auf den Inhalt der Denkschrift ist natürlich keine Rede. Dazu gehört eben Grüfte. Wenn die moskowitzischen Soldatenschreiber behaupten, daß wir die alten Konzepte längst verbrannt hätten, womit diese Analphabeten die von Marx und Engels verfaßten Schriften meinen, so kann natürlich ein solcher Vorwurf gegen die Redakteure der „Roten Fahne“ nicht erhoben werden. Man kann nur verbrennen, was man besitzen hat.

Wir wollen also abschließend nur noch feststellen, daß die Denkschrift der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nichts anderes ist und nichts anderes sein sollte als eine Antwort auf die schiefen, tendenziösen, zum Teil direkt falsche Darstellung der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie über die Ursachen der Krise. Es konnte also den freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen auch nicht einfallen, im engen Rahmen dieser Denkschrift ein theoretisches Programm zu entwickeln, wie die Sozialisierung durchzuführen sein würde, wenn die Arbeiterschaft die Macht in Händen haben wird.

Es konnte sich nur darum handeln, aufzuzeigen, wie selbst innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft — um mit der „Roten Fahne“ zu sprechen — „Arbeit und Brot beschafft werden kann“. Klar und deutlich ist aber in einer Vorbemerkung der Denkschrift der grundsätzliche Unterschied vorangestellt worden, der die Gewerkschaften von der kapitalistischen Auffassung trennt. Im übrigen sind wir durchaus mit dem Schlußsatz der „Roten Fahne“ einverstanden, wonach „die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter begreifen, daß eben der Kampf gegen den Kapitalismus im Tageskampf um die Milderung der Krise organisiert wird“. Diesen Kampf führen die Gewerkschaften. Die KPD beschränkt sich darauf, ihnen dabei in den Rücken zu fallen.

Für Erwerbslose ist kein Geld da.

Bremen, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Unter den 12000 Bremer Erwerbslosen herrscht große Erregung, da der Senat am Donnerstag bekanntgegeben hat, daß die kürzlich auf Antrag der sozialdemokratischen Bürgerfraktion eingeführten Brot- und Essentarten für Erwerbslose wieder aufgehoben werden müssen. Der Reichsarbeitsminister hat gedroht, Bremen die Reichsbeihilfe für die Erwerbslosen zu entziehen, wenn die Verteilung von Brot- und Essentarten nicht sofort eingestellt wird.

Dasselbe Bürgertum, das den ehemaligen Fürsten Willkürden zuschüttern will, schreit nicht davor zurück, den Erwerbslosen ihren kümmerlichen Lebensunterhalt rücksichtslos zu beschneiden, weil der

Staat angeblich kein Geld hat. Derselbe Staat, der den Monarchen gegenüber so freigebig sein will. Arbeiter, merkt es euch und werbt für die Eintragung zum Volksbegehren!

Eine faschistische „Eroberung“.

Turin, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident Bruno des früheren italienischen Bucharbeiterverbandes berief nach Turin eine Konferenz von Delegierten ein, die er selbst auswählte, um über den Anschluß an die faschistische Korporation zu beraten. Der Antrag von Bruno, der sich für den Anschluß an die Faschisten aussprach, wurde mit 56 gegen 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß diese Versammlung keineswegs einem ordentlichen Verbandstreffen gleichzustellen ist und daß der gefaschte Anschluß nicht die Meinung der Mehrheit der Mitglieder ausdrückt. Da der Bucharbeiterverband durch die Regierung aufgelöst worden war, handelt es sich nur um eine Versammlung führender Mitglieder der früheren Organisation, die schon im vorhinigen zum guten Teil dem Abkommen zugestimmt haben, das zwischen Bruno und den faschistischen Führern getroffen worden war. Der Übergang des Bruno, der früher einen hervorragenden Platz in der italienischen Gewerkschaftsbewegung einnahm, ist eines der traurigsten Kapitel in der italienischen Gewerkschaftsbewegung. Im übrigen ist sofort nach Bekanntwerden dieses Beschlusses eine große Protestbewegung unter den italienischen Bucharbeitern entstanden.

Achtung, Zimmere! Kameraden. Am Sonntag findet für dieses Jahr die Wahlen zum Zahlstellenvorstand statt. Diese Wahl bringt wiederum für ein volles Jahr die Entscheidung darüber, wer für dieses Jahr die Führung innerhalb unserer Organisation in die Hand nehmen soll. Ob wieder, wie in den vergangenen Jahren, die Kommunisten, die sich von der Münzstraße vorziehen lassen, wenn sie eventuell die Geschicke der Organisation in die Hände legen sollen (siehe Delegiertenwahlen zum Verbandstag), oder Leute, die sich derartigen Praktiken entgegenstellen und gewillt sind, wirkliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten, d. h. Leute, die sich strikte auf den Boden der Verhandlungsführungen stellen und somit die Gewähr für praktische Organisationsarbeit gewährleisten. Wer von euch gewillt ist, die Organisation auf dieser zuletzt genannten Grundlage weiterzuführen, der gebe am Sonntag seine Stimme folgenden Kameraden: 1. Vorsitzender: Gottlieb Jauch. 2. Vorsitzender: Friedrich Klante. 1. Kassierer: Gustav Golze. 2. Kassierer: Gustav Küh. 1. Schriftführer: Culs Gustav Golze. 2. Kassierer: Gustav Küh. 1. Schriftführer: Louis Paul Reiche. Kontrolleure: Georg Gerber, Wilhelm Stroghalm.

Wohnung, C. Berns, Tempelhofer Park, am Sonntag, den 10. März, um 8 Uhr im Lokal von Schwaner, Gabriel-Str. 17, wählige Zusammenkunft aller Parteigenossen. Der Parteivorstand.

Deutscher Bauergewerksbund, Wohnung, Kleintrier! Am Sonntag, den 7. März, vormittags 10 Uhr, im Schwaner Garten, Straße am Friedrichshain, Versammlung der im Bauergewerksbund und Verein der Hilfsarbeiter organisierten Kleintierzüchter, Fachtüchler und Sommerfruchtzüchter. Stellungnahme zur Gründung des Hilfsvereins durch die Interessierten. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, bestimmt und pünktlich zu erscheinen! Zutritt ist nur Mitgliedern der folgenden Organisationen gestattet. Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin, Verein der Hilfsarbeiter, Groß-Berlin.

Neue Gewerkschaftsjugend. Die Arbeitseinstellung für die Jugendbeschäftigten hat heute schon wieder 9 Uhr statt 8 Uhr, Sonntag, den 10. März, abends 7 Uhr im Lokal von Schwaner, Gabriel-Str. 17, wählige Zusammenkunft. Thema: „Lehrjahre — Lohnkämpfe“. Leiter: Robert Hans Arndt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Calverus; Gewerkschaftsbewegung: H. Ehrlich; Republik: Dr. John Schlotzki; Volkes und Soldaten: Fritz Kahlert; Anzeigen: E. Bode; Amtlich in Berlin, Verlag: Vorwärts-Berlin, G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Bierka: Dehagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Wobinert Tabletten in allen Apotheken. Drogerien Nr. 1 bei Husten, Heiserkeit, Katarrh

Sonderangebote

Schotten-Jumper 4⁷⁵
gut. Waschseide/Kanata Stoffe
u. geschloss. Knöpfe, mod. Farb.

Unterkleider 2⁷⁵
aus gutem Kanata-Stoff, Trikot,
in vielen modernen Farben

Crêpe marocain 1⁶⁵
reine Wolle, diverse
Muster.....Meter

Gummimäntel 14⁵⁰
f. Herren, gute Gummierung,
Schlupferl., mit u. o. Gürtel

Turnhemden 1⁵⁰
weiß, 1/2 Aermel..... Größe 2
Jede weitere Größe 20 Pf. mehr

Unterröcke aus
baumwoll. Trikot, mit plissiert.
Satin, Velour, in vielen Farben

Hemdhosens 1⁹⁵
Windelform, aus gutem Hemden-
tuch, mit Hohlbaum garniert

Schulcheviot 1⁹⁵
reine
Wolle,
ca. 130 cm breit, nur marine, Mtr.

Gummimäntel 18⁵⁰
f. Herren, Covercoat u. Stoff-
bezug, Qualität, gute Verarb.

Küchenhandtuch 58
weiß Gerstenkorn, mit
rot. Kanata, ca. 45 cm br., Mtr.

Kleider 19⁷⁵
in reinwollenen Schotten,
Glockenform mit lang. Arm

Trägerhemden für Mäd-
chen, gut.
Waschstoff, Stick- u. Rins. Lg. 40cm
Jede weit. Lg. (10 cm) 40 Pf. mehr

Damassé 2⁹⁰
ca. 80 cm breit, für Mantel-
und Kostümfutter .. Meter

Oberhemden 3⁹⁰
Perkal, mit 1 Kragen, in
schönen Streifen.....

Kissenplatten 4⁵⁰
Halbtuch, modernes Muster,
Vorgeseichnet.....

Mäntel in prima
Gaar-
dine, weiche, weig. chnit-
tene Form.....

Hüfthalter 1⁷⁵
aus gutem Drell, oben Gamal,
in Weiss u. Rosa, 1 Paar Halter

Satin de Chine 4⁹⁰
schwarz, ca. 85 cm breit, für
Einsegnungskleider. . Meter

Filzhüte 4⁹⁰
für Herren, moderne Formen
und Farben.....

Kissenplatten 1⁷⁵
gran, mit Ausschaltbübel, Vor-
geseichnet.....

Hauskleider 2⁷⁵
aus gutem Zephir und netter
Verzählung.....

Büstenhalter 95
für Damen, aus gutem
baumwollenen Trikot.....

Stebumlege-Kragen 85
moderne Formen, Hals,
4 fach.....

Portieren-Garnit. 2³⁵
rein Messing, 150 cm Lg. 30 mm
Durchmesser..... komplett

Kinder-Schürzen 1⁹⁵
aus prima schwarzem Alpaka, in
vielen Größen.....

Strümpfe 1⁴⁵
für Damen, Seidenfaser,
gewirbt.....

Halbschuhe 11⁵⁰
für Herren, braun und schwarz,
Lohnenarb. mod. schön. Form.

Diwanddecken 39⁰⁰
Mohair, Wirbel-
Fellaustr., viele Farb.

Nachthemden 2⁹⁵
für Damen, a. gutem Wäsche-
stoff, u. gestickt, Motiv u. Hohl.

Schweißsocken 75
für Herren, wollgemischt

Turnschlupfer 75
mit Gummisohle,
unsortierte Größen, Paar

Satin-Steppdecken 19⁵⁰
Schneidgrößen 160 x 210 cm,
in vielen Farben.....

HERMANN TIETZ

Das Ende eines Wasserweges.



Das Kanalbett in der Zuschüttung.

Der Luisenstädtische Kanal, der jetzt zugeschüttet werden soll, ist nur etwa fünfundsiebzig Jahre alt geworden. Er wurde in den Jahren 1845 bis 1852 angelegt und erhielt seinen Namen von der Luisenstadt, die er durchschneidet. Der Bau dieses Kanals stand im Zusammenhang mit der in den Jahren 1845 bis 1850 ausgeführten Erweiterung des seit Jahrhunderten als Gemarkungsgrenze dienenden alten Landwehrgrabens, der damals zum schiffbaren Landwehrkanal ausgebaut wurde. Der Luisenstädtische Kanal sollte als Stichkanal zwischen Landwehrkanal und Spree die Verbindung der erst im Werden begriffenen Luisenstadt fördern.

Auf dem „Köpenicker Feld“.

Das von der Innenstadt südwärts bis zum Kottbuser Tor und zum Schlesischen Tor sich erstreckende Luisenstadtelände hieß früher „das Köpenicker Feld“. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde es zum Stadtgebiet hinzugenommen und mit von der neuen Mauer umgrenzt, die damals entstand. Aber noch lange behielt „das Köpenicker Feld“ seine ländliche Eigenart. Noch im Anfang des 19. Jahrhunderts, wo es in „Luisenstadt“ umbenannt wurde, bestand es größtenteils aus Wiesen, Aedern und Gärten. Um jene Zeit zählte man auf dem ausgedehnten Gelände erst 590 Häuser mit 13 000 Einwohnern, während die Gesamtbevölkerung Berlins damals bereits 170 000 war. Hundert Jahre später, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wurde die Luisenstadt allein von 500 000 Personen bewohnt. Sie umfaßt die heutigen Standesamtsbezirke Luisenstadt Westseite des Kanals, Luisenstadt jenseits des Kanals westlicher Teil und Luisenstadt jenseits des Kanals östlicher Teil.

Anfänge der Bebauung.

Die ältesten Verkehrswege über das Köpenicker Feld waren die Landstraße nach Köpenick, die wir in der heutigen Köpenicker Straße wiederfinden, und die Landstraße nach Rixdorf (später in „Neutölln“

umbenannt), aus der die Dresdener Straße geworden ist. Die Gegend der Neuen Köpstraße, der Neuen Grünstraße, der Alten Jakobstraße, der Neuen Jakobstraße war schon um die Mitte des 18. Jahrhunderts viel mit Häusern besetzt. Am Nordrand, auf dem Landstreifen zwischen Köpenicker Straße und Spree, ließen sich besonders Gewerbetreibende nieder, die der Lage am Wasser bedurften. Aber der Kern des ehemaligen Köpenicker Feldes blieb bis an die Mitte des 19. Jahrhunderts ländlich. Als dann auch hier die städtische Bebauung einsetzte, erleichterte der Luisenstädtische Kanal die Heranschaffung der Baustoffe. Später kam er den in der Luisenstadt zahlreich entstehenden gewerblichen Betrieben zugute, die ihre Rohstoffe auf dem Wasserwege bezogen.

Das Engelbecken.

Als Hofen erhielt der Kanal im nördlichen Teil das Engelbecken, das so benannt wurde, weil die benachbarte Kirche dem „Engel Michael“ geweiht ist. Beim Bau des Engelbeckens kam es im Oktober 1848 zu einem Aufruhr, wobei die Erdarbeiter eine zu den Ausschaltungsarbeiten verwendete Maschine zerstörten. Als die überreißig eingreifende Bürgerwehr darauflos schoß und einige Arbeiter tötete, schritt die erregte Menge, der Märzlämpfe sich erinnernd, in der Köpenicker Straße und einigen angrenzenden Straßen zum Bau von Barricaden. Die Bürgerwehr nahm sie im Sturm, und unter ihren Kugeln fielen noch mehrere Arbeiter.

Der Kanal heute ein Zwergenbauwerk.

Erst im Jahre 1852 wurde der Luisenstädtische Kanal fertig. Bei den damaligen Schiffgrößen war die neue Wasserstraße ausreichend, heute aber ist sie für die Schifffahrt nicht mehr zu gebrauchen. Die Schleuse des Kanals hat nur 50 Meter Länge und 5,65 Meter Torbreite, während auf der Spree die im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts gebaute große Mühlendammenschleuse 115 Meter Länge und 9,60 Meter Torbreite erhielt. Der Kanal erscheint gegenüber den neueren Schiffgrößen wie ein Zwergenbauwerk. Er ist ja auch längst der Schifffahrt entzogen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts lag der Luisenstädtische Kanal für Berlin ebenso draußen, wie jetzt der von der Dahme zur Unterhavel führende Teltowkanal noch draußen liegt und der zwischen der Spree und der Oberhavel geplante Nordkanal Köpenick-Tegeel noch lange als draußen liegend gelten wird. Auch das Werden und Vergehen des Luisenstädtischen Kanals, der heute mitten in der Stadt und in einem ihrer bevölkersten Teile liegt, ist ein Stück Geschichte Berlins.

Die Umgestaltung des Kanalgeländes.

Die geplante Zuschüttung des Kanals erfordert eine vorherige Belegung der jetzt in den Kanal einmündenden Notauslässe. Bei der Adalbertbrücke ist ein Notauslass im Bau, der am Engelbecken vorbei durch die Annen-, Neue Koh-, Breite Straße bei der Kurfürstenbrücke am Schloßplatz in die Spree geführt wird. Zur Vermeidung jeder Geruchsbelästigung, vor allem während der Sommermonate, geht die Abwasserführung unterirdisch durch das gebräuchliche Gußbetonrohr von ovalem Querschnitt bis ein Meter Höhe. Ebenfalls zur Unterdrückung der Ausdünstungen macht sich eine neue Vorflutung der Notauslässe notwendig, die eine Wasserführung von der höher liegenden Spree her, durch eine Drumme geschossen wird. Als solche baut man durch den ganzen Kanal längs eine Spundwand, 4 Meter breit bleibt die Wasserinne und so wird es möglich, ohne Aufenthalt mit der Zuschüttung des Kanals beginnen zu können. Später wird man die Vorflutung durch aus den Baugruben gepumptes Grundwasser erzielen. Zurzeit wird an dem Notauslass von der Mündungsstelle am Schloßplatz und von der Adalbertbrücke her gearbeitet.

Das ganze Kanalgebiet bleibt selbstverständlich der Bebauung entzogen und wird in eine Grünfläche mit Promenaden umgewandelt. Das Engelbecken wird dann mit dem Kaiser-Franz-Grenadier-Platz und dem Michaelkirchplatz zusammen eine einheitliche Anlage bilden. Mit Rasenplätzen und Kinderspielplatz werden den Bewohnern der Luisenstadt umfangreiche Erholungsanlagen geschaffen. Der ganze Kanalzug von der Spree bis zum Urbarhaken im Landwehrkanal wird als ununterbrochene Promenadenanlage ausgeführt. Die Zuschüttung des Kanals wird bis zum Herbst dieses Jahres durchgeführt sein. Begrünung des ganzen Gebietes ist aber vor 1927 nicht zu erwarten. Die übergroße Rührtheit der Luisenvorstadt wird durch die neue Anlage etwas gemildert werden.



Engelbecken.

Onkel Moses.

Roman von Schalom Ush.

Die Mutter reichte Charlie das Hemd und die Hosiery ins Zimmer, welche beim Ofen trockneten, weil sie Charlie, als er von der Nacharbeit heimgekommen war, ausgewaschen hatte.

„Ich bin gekommen, um Charlie zu einem Bummel in den Park mitzunehmen,“ sagte Mascha.

„Fahrt lieber nach Coney Island und nehmt ein Seebad — es ist ja heiß zum Ersticken. Ich treibe ihn unaufhörlich nach Coney Island, doch er ist schrecklich faul, Mascha, den ganzen Tag host er in der Stube bei den Büchern,“ erzählte die Mutter.

„Die Mutter hat recht, Charlie! Wir fahren nach Coney Island. Auf dem Wege hole ich mir zu Hause mein Badestock. Nimm deines mit, Charlie.“

Charlie trat aus dem nächsten Zimmer in voller Eleganz, in seinem frisch gebügelt Hemd und den gewaschenen Hosen, die noch nicht ganz trocken waren. Von seinen schwarzen Haren rannen noch große Wassertropfen auf sein Gesicht nieder, weil Charlie den Kopf unter die Wasserleitung gehalten hatte.

„Ich bin gekommen, um dich nach Coney Island zum Schwimmen mitzunehmen,“ sagte Mascha, „nimm dein Badestock mit.“

Charlie zeigte keine große Lust dazu. Er lächelte verlegen und sagte, er müsse etwas in der Stadt besorgen und habe keine Zeit. Die Antwort wirkte auf Mascha wie ein kalter Wasserstrahl und sie erhob sich, um zu gehen. Die Mutter gab ihrer Verwunderung Ausdruck, daß Mascha bei dieser Hitze in der Stadt blieb und warum sie nicht aufs Land gefahren war; sie beantwortete es sich selbst mit der Vermutung, es sei wohl wegen der Aussteuer.

„Man hat mir gesagt, daß sehr bald deine Hochzeit sein wird. Sie möge in einer glücklichen Stunde sein!“

Mascha antwortete nicht. Sie wurde rot und schwieg. Dann aber sagte sie plötzlich trotzig und sah dabei Charlie an:

„Ich habe soviel in der Stadt zu tun vor der Hochzeit und der Onkel...“ Doch was der Onkel tat oder nicht tat, das sagte sie nicht mehr. Wieder errötete sie und brach mitten im Satz ab. Und statt des Trostes und der Ueberhebung, welche das Wort „Onkel“ ausdrücken sollte, kam etwas heraus, was Mitleid für Mascha erweckte.

Charlie bekam Mitleid mit Mascha, und es tat ihm leid,

daß er sie so kühl empfangen hatte; daher sagte er zur Mutter:

„Du hast recht, old chap,“ dabei klopfte er der Mutter auf die Schulter, „es ist heiß. Komm, Mascha, ich nehme dich zum Schwimmen mit.“

„Siehst du, Mascha, so nennt mich mein Sohn. Alter Kerl! So nennt man in Amerika seine Mutter.“

„D, du old fool!“ Charlie hob die Mutter auf den Arm und trug sie durch das Zimmer.

„Loh los, um Gottes willen, laß mich los, du wirst mir etwas antun,“ flehte die alte Frau.

„Nicht früher, als du „old chap“ sagst.“

„Was liegt daran, chap! Meinewegen chap, nur laß mich los, du wirst mir noch etwas antun.“

„Und jetzt den „Salut“. Ich lasse dich nicht früher los, bevor du nicht den „Salut“ sagst.“

„I pledge allegiance to my flag,“ mühsam stammelte Genendel die Worte hervor, welche Charlie sie gelehrt hatte, als er noch ein Knabe war und in die Volksschule ging.

„So ist es recht. Und jetzt lasse ich dich los, old chap!“ Vorsichtig setzte Charlie die Mutter auf einen Stuhl.

„Da siehst du, Mascha, wie mein Sohn mich behandelt,“ klagte die alte Frau, „mir nichts dir nichts legt er mich auf seine Schultern — wo soll ich denn die Kraft hernehmen gegen ihn?“

„Nun, jetzt komm, Mascha. How do you do?“ fragte Charlie Mascha, als hätte er sie jetzt erst gesehen.

Die Tante wohnte in Hoarlem, in einer der armen Judengassen. Als Charlie und Mascha aus dem Haustor traten, spürten sie erst die Hitze. Es war einer jener New Yorker Sommertage, da sich schon am frühen Morgen eine schwere, feuchte Hitze auf die Stadt legt, die keine Hoffnung auf Erfrischung und Ausruhen läßt. Aus den offenen Fenstern blüht schmutziges Bettweid, und auf den Feuerleitern trocknen Wäschestücke; auf den Fenstern stehen Töpfe mit vertrocknetem Essen von gestern. Auf den Treppen der Häuser, auf den Schwelken der Haustore und weil in die Straße hinein lungern wie weggeworfene Felsen oder zerbrochenes Gerät Frauen und Kinder. Halb nackt gleiten und huschen sie über die Treppen auf die Gehsteige. Die Mütter versuchen, die Kinder mit Kupferstücken über das Rißveranlassen hinwegzutäuschen, das ihnen die Hitze bereitet. Die Kupferstücke verwandeln sich sehr schnell in Honigzuckerstaugen. Die zergehen in den Kinderhändchen und besämern die Gesichtchen; die weihgebügelt Hemdchen, welche die Mütter bei Nacht hergerichtet haben, sind klebrig vom zerfloßenen Zucker. Die Kinder flüchten von dem glühend heißen Gehsteig, den die Sonne immer mehr erhitzt, und suchen Rettung auf dem

breiten Fahrweg. Alle fahren, der eine auf einem Rad, der andere auf einer alten Kige, ein anderer wieder in einer Heringstone; und wer ein altes Wagenrad erwirft, der läßt alle seine Kameraden von der Straße zu einem „Raik“ durch die Straße ein. Der Staub und Schmutz der umgekehrten Gassen wird durch die Bewegung empor und legt sich auf Gesichter und Hände, auf Steine und Fenster, bis es die nackten Brüste der Mütter erreicht, welche den Schmutz und Staub der Straßen ihren Kindern zusammen mit der Muttermilch als Nahrung geben.

Charlie und Mascha schritten stumm durch die Gassen und bahnten sich mühsam einen Weg durch die Kinder, die mit Rädern an den Füßen geboren zu sein schienen und zwischen den Pferden, Frachtwagen und Kohlenfuhrern einherglitten, welche ihre Route durch diese Straße nahmen. Einer verstand kein Wort von anderen infolge des Lärmes und der staubigen Hitze, die ebenso grell und schreiend zu sein schien wie der Straßenlärm ringsum, wie die Eisenräder, welche durch die Straßen tollten. Doch je weiter sie kamen, desto stiller und reiner wurde die Straße, desto ruhiger und sauberer wurden die Häuser, und bald war der Lärm ganz verstummt. Sie kamen zum Ende der Straße, das über die 5. Avenue zum Park führt.

Die Häuser, welche gegenüber dem Park standen, waren von Bäumen beschattet, große Fenster blickten auf die Straße hernieder; doch die Fenster waren geschlossen, mit dunkelgrünen Vorhängen bedekt. Um die Häuser war es kühl und still, doch in den Häusern wohnte niemand, sie waren den ganzen Sommer hindurch verschlossen.

Lange gingen sie durch die Straßen, welche sich an dem Park entlang zog. Es war sehr angenehm, dort spazieren zu gehen. Die Straße war in den beweglichen Schatten der Blätter gehüllt, den die großen Bäume auf den Gehsteig warfen. Es war ganz still. Eine festliche Stille herrschte, welche die Bäume um sich verbreiteten, kein Hauch war zu spüren, Türen und Fenster der Häuser waren fest verschlossen; so lagen verschlossene Häuser und Plätze ganze Straßen lang da, alle an dem lähligen Zentralpart entlang, und kein lebendes Wesen hatte Nutzen davon.

Charlie begann lächelnd:

„Die Häuser hier sind der beste Beweis dafür, wie unentwickelt die amerikanische Kultur ist.“

„Was meinst du damit, Charlie?“

„Diese Häuser sind ein schreiender Beweis, wie ungerrecht die Gesellschaftsordnung ist, in welcher wir leben. Das sehen wir Tag für Tag — Millionen von Menschen sehnen diesen schreienden Beweis der Ungerechtigkeit, und wir schweigen.“ (Fortsetzung folgt.)

Veruntreuungen beim Studentenausschuß.

50 000 Mark fehlen.

Bedeutende Veruntreuungen wurden beim Studentenausschuß der Friedrich-Wilhelm-Universität aufgedeckt. Nach den vorläufigen Feststellungen scheinen sie die Summe von 50 000 M. zu erreichen. Der Kassierer des vorigen Sommersemesters stud. rer. pol. Willy Lehmann aus der Weststraße in Schöneberg wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die Studenten haben bei der Immatrikulation mit den Kellergeldern einen bestimmten Betrag, etwa 6 bis 6,50 M., für den Studentenfonds einzuzahlen. Dieser hat also je nach der Zahl der Immatrikulationen eine verschiedene Höhe. Er wird von einem Beamten der Quästur nebenamtlich verwaltet und dient dem Studentenausschuß für seine verschiedenartigen Aufgaben, für die Bibliothek, für Studentenspeisungen, für Sportzwecke und dergleichen. Ueber die Verwendung beschließt der Ausschuß in jedem einzelnen Falle des Bedarfs. Der Kassierer erhebt dann den vom Ausschuß ausgeworfenen Betrag und bescheinigt den Empfang durch eine von ihm gezeichnete und von einem anderen Ausschußmitglied gegengezeichnete Quittung. Er hat dann auch die Auszahlungen für die jeweilig in Betracht kommenden Zwecke zu belegen. Hierbei sind die Veruntreuungen vorgekommen. Weil der Ausschuß selbständig handelt, hat die Quästur sich um die Verwendung der von ihm angeforderten und gezahlten Beträge aus dem Studentenfonds nicht mehr zu kümmern. Lehmann, der im Sommersemester v. J. Kassierer war, aber sich auch jetzt noch mit diesen Angelegenheiten befaßt, gibt zu, daß er von den einzelnen Posten, die er für die verschiedenen Zwecke auszahlte, jedesmal kleinere Summen für sich behalten hat, so daß er endlich 20 000 M. zusammengebracht hatte. Diese wollte er, wie er behauptet, zu Spekulationszwecken auf einer Bank anlegen. Auf dem Wege zur Bank aber, so sagt er, habe er das Geld verloren. Das ist natürlich eine Ausrede. Wofür er das unterschlagene Geld wirklich verwendet hat und wie hoch die ganze Summe ist, bedarf noch der Feststellung. Ob an den Veruntreuungen und der Verwendung des Geldes auch noch andere beteiligt sind, muß ebenfalls noch untersucht werden. Die Ermittlungen sind noch lange nicht abgeschlossen. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung nimmt Kriminaloberinspektor Rüge beim Polizeiamt Mitte am Rollenmarkt entgegen.

In diesen Untersuchungen erlassen die Deutsche Gruppe der Korporationen (gez. Hans Link), die Fraktion Deutscher Studentenbund (gez. Werner Rosenbergs), die Jungstudentische Fraktion (gez. Hans Hansen) eine Erklärung, der sich die Fraktion Deutsche Pionierschaft (gez. Seeburg) und die Fraktion Berliner Wissenschaft (gez. Bodisch), sämtlich an der Universität Berlin, anschließen. In der Erklärung heißt es:

In diesen Tagen wurde die bedauerliche Feststellung gemacht, daß an Geldern der Studentenschaft der Berliner Universität im Laufe des letzten Jahres erhebliche Unterschlagungen begangen worden sind. Es sind hieran in erster Linie eine in leitender Stellung in der studentischen Selbstverwaltung stehende Persönlichkeit, der ehemalige Kassierer der Studentenschaft, stud. rer. pol. Willy Lehmann, sowie ein Mitglied des lehrstuhlfremigen Ausschusses der Studentenschaft beteiligt, doch sind auch andere Mitglieder der Selbstverwaltung beteiligt. Die Erklärung behauptet sodann, daß die Verfehlungen durch einen mit der Kassierung der studentischen Gelder beauftragten Beamten der Universitätsverwaltung ermöglicht worden sind. Die Höhe der veruntreuten Gelder wird voraussichtlich 50 000 M. übersteigen. Die unterzeichneten Fraktionen werden ohne Ansehen der Person für die Aufklärung der Angelegenheit und für die Bereinigung der studentischen Selbstverwaltung Sorge tragen. Von den Universitätsbehörden erwartet die Studentenschaft, daß sie für eine unerbittliche Besserung der Kassierungswaltung der in Frage kommenden Universitätsstellen und damit auch der Studentenschaft Sorge trägt. Für Wiederbeschaffung der veruntreuten Gelder wird gefordert werden. Nach endgültiger Klärung des Sachverhalts wird die Öffentlichkeit von dem Ergebnis der Ermittlungen in Kenntnis gesetzt werden.

Der Wirtschafts- und Fürsorgeausschuß der Studentenschaft der Universität teilt mit, daß er in keiner Weise von den Unterschlagungen betroffen ist. Seine Kassen und Bücher sind geprüft und in Ordnung. Keine der an seiner Verwaltung beteiligten Personen ist an der Unterschlagungssache beteiligt.

Bürgermeisterwahl in Lichtenberg.

Genosse Dr. Sippel gewählt.

In der gestrigen Bezirksversammlung wurde nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen, die Wahl des Bürgermeisters an Stelle des abgehenden Genossen Jahn vorgenommen. Die Kommunisten beantragten Absetzung der Wahl von der Tagesordnung; nach Ablehnung dieses Antrages beantragten sie Aufhebung des Beschlusses, nach dem der zu wählende Bürgermeister aus der Zahl der amtierenden Bezirksmitglieder gewählt werden muß. Auch das wurde abgelehnt. Gewählt wurde hierauf im ersten Wahlgang mit 21 Stimmen Genosse Dr. Sippel, bisher Schulrat im Bezirk.

Heiliger Bureaokratismus!

Man schreibt uns:

In einem Berliner Soale, in dem die Einzelnachweise für das Volksgehehen ausliegen, erscheinen drei Stimmberechtigte, Angehörige derselben Familie: Mutter und zwei Töchter. Als Ausweise legen sie vor: 1. Die polizeiliche Anmeldung in Berlin vom Oktober 1925, 2. je eine Legitimation, aus der hervorgeht, daß sie in der Stadt, aus der sie zugezogen sind, wahlberechtigt waren. Sie werden zurückgewiesen mit dem Bemerkten, daß sie von der städtischen Verwaltung ihres früheren Wohnsitzes einen anderen Ausweis beschaffen müssen. Der vorgelegte sei nicht den Vorschriften entsprechend. Vergeblich berufen sich die Zurückgewiesenen auf den unter 2 erwähnten Ausweis, aus dem alles Gewünschte einwandfrei hervorgeht. Sie laufen von Pontius zu Pilatus, treppauf, treppab. Zeitverlust insgesamt drei Stunden. Am nächsten Tage geht der Familienvater mit den gleichen Papieren in den Saal und erlebt dieselbe Zurückweisung. Er muß auch von Pontius zu Pilatus, muß auch treppauf, treppab laufen, läßt aber nicht locker und erreicht schließlich, daß ihm für sich und seine Angehörigen je ein Eintragungsschein ausgestellt wird.

Wie ist es überhaupt möglich, daß die Beamten sich zunächst ablehnend verhalten? Weil sie sich an eine verfehlte Vorschrift gebunden fühlen. Zweck eines jeden Ausweises kann und soll doch nur der sein, die Stimmberechtigung festzustellen. Nun handelt es sich in dem geschilderten Fall um einen Ausweis, den Berlin, weil er wirklich vorbildlich ist, schnellstens einführen sollte, den hunderttausenden würde dadurch unnütze Lauferei erspart. Der Ausweis hat die Gestalt einer Postkarte, trägt die genaue Adresse des Inhabers nebst Angabe des Wahllokals, des Wahlbezirks und der Listennummer auf der Vorderseite.

Die Karte ist auch für die weiteren Wahlen aufzubewahren und hat Felder, in denen die Beteiligung an den verschiedenen Wahlen und Bestimmungen durch Ankreuzung vermerkt wird. Sie wird jedem Stimmberechtigten zugestellt, so daß die Einsichtnahme in die Wählerlisten vollkommen überflüssig ist. Nur wer eine solche Karte nicht erhält, muß sich nachfragen lassen. Sie nach der Zahl der vorgedruckten Vierecke reicht dieser Wählerausweis für viele Jahre.

Der geschilderte Fall verdient übrigens deshalb Erwähnung, weil es sich um einen Abgeordneten handelt, der sich als solcher legitimierte. Wenn schon bei solchen Stimmberechtigten derartige Ermahnungen möglich sind, dann kann man sich vorstellen, was für Schwierigkeiten Arbeiter überwinden müssen, bevor sie zum Ausdruck bringen können, daß sie das Volk von den früheren Bundesvätern nicht auch in Zukunft noch ausgeplündert wissen wollen.

Der Anmarsch der Einzeichner.

Eifrige Beteiligung der Frauen.

Prenzlauer Berg.

Rein in die Augen fallendes Plakat weiß darauf hin, daß hier Eintragungen vorgenommen werden. Rein, die Lokale liegen in diesem Bezirk genau so verstreut wie in den anderen. Nur kleine auf Karten gezogene Zettel mit mehr oder minder kalligraphischer Schrift in rot oder blau deuten an, daß da und dort in der Nähe Eintragungen stattfinden. Manchmal muß man lange Wanderungen antreten, ehe man an Ort und Stelle ankommt. In der Oberberauer Straße 57/59 befindet sich ein Eintragungslokal in der Volkshausanstalt. An der Tür ist nichts zu sehen, kein Zettel, keine Ankündigung, auf dem Korridor ist kein Zimmer Nr. 10 zu finden, trotzdem hier die Eintragungen nach Säulenanschlag vorgenommen werden sollen; endlich entdeckt man eine schmale Tür am anderen Ende des Gebäudes, ein kleiner Zettel zeigt an, daß dieser Weg zum Eintragungslokal führt. Man muß über einen Schulhof, auf dem eine Klasse unter Führung eines martialisch aussehenden Lehrers Fußball spielt. Schließlich sieht man auf einem anderen finsternen Korridor Zimmer 10, es ist ein kleines, vieredriges einstreifiges Zimmer, in dem sonst vielleicht ein Lehrer mit dem Vater eines zurückgebliebenen Schülers Rücksprache hält. Der größte Teil des Raumes ist durch einen Tisch, hinter dem zwei beamtete Persönlichkeiten sitzen, für das Publikum gesperrt. Vielleicht drei oder vier Personen haben vor dem Tisch Platz. Sollen die anderen in Stunden des Andranges auf dem Korridor oder auf dem Hof warten? Andere Lokale sind besser angelegt. In der Eberswalder, Ogdenner und Greifswalder Straße sind Turnhallen zur Verfügung gestellt worden, große Räume, in denen hunderte Menschen Platz finden. In diesem stark proletarischen Bezirk machte man die Erfahrung, daß ein ziemlich großer Prozentsatz früherer Nichtwähler zur Einzeichnung erscheint. Früher Indifferente, vor allem alte Leute, die durch die Inflation um ihren letzten Spargroschen gekommen sind. Des öfteren tragen sie sich nur mit einem Kreuz ein, weil ihnen das Schreiben zu mühselig geworden ist. Eintragungslokale, die zu gleicher Zeit Wirtschaften sind, geben wenigstens die Möglichkeit, sich schneller zurecht zu finden und teilweise können die Lokale auch eine Art Wahlhütte heraus, auf der der Bezirk, Zeit usw. angegeben ist. Auch hier erwartet man den ersten Hauptsturm erst am Sonntag. Die Beteiligung der Frauen scheint zurzeit noch größer als die der Männer zu sein.

Bezirk Friedrichshain.

Nicht am Hochbahnhof „Warschauer Brücke“, am Anfang der Warschauer Straße liegt ein Eintragungslokal. Es steht auf den Anschlägen verzeichnet, die leider nicht jeden Tag an den Säulen gefleht werden. Es soll in einem Restaurant untergebracht sein, aber man sucht vergeblich nach einem Anschlag, der darauf hinweist. Das Restaurant hat zwei Schaufenster in der üblichen Art der Dekoration mit Plakaten, Plüsch und Speisefarten. Schließlich entdeckt man einen winzigen Zettel, auf dem keine Kreise für Getränke stehen, sondern die Bekanntgabe, daß sich hier ein Eintragungslokal befindet. Ganz klein hat sich der Zettel gemacht, als ob er sich schäme, oder als ob ihm etwas Unrechtes verzeihen müßte. Und abends, in der Zeit der größten Beteiligung ist die Schrift auf dem Zettel kaum zu entziffern, denn die Beleuchtung im Schaufenster ist unzureichend, und die große Bogenlampe steht zu weit entfernt. Man muß am Büfett vorbei, und durch ein kleines Gastzimmer, ehe man den Einzeichnungssaal erreicht. Es ist kurz nach sieben Uhr. Ein paar Arbeiter warten hier, und auch Bürgerliche stehen angelehnt, um ihren Willen, den Fürsten keinen Pfennig zu geben, zu bekunden. Und überall das gleiche Bild, gleichgültig, ob es sich um Restaurants oder um Turnhallen wie in der Bromberger, Remise oder Tischler Straße handelt. Arbeiter mit ihren Frauen und ein paar gut angezogene Bürgerliche republikanischer Konfession. Kein Andrang wie bei Reichstagswahlen oder ähnlichen Unternehmungen, die an einem einzigen Tage erledigt sein müssen. Man glaubt, man könne noch warten, man hat ja vierzehn Tage Zeit. Aber wäre es nicht besser, seiner Pflicht sofort nachzukommen? Die Frage ist so brennend, daß sie keinen Aufschub duldet. Weiß man, was in vierzehn Tagen ist? Keiner sollte zögern! Heran an die Einzeichnungslisten!

Wedding.

In der Zeppelin-Schule, um ein Lokal herauszugreifen, langjames, aber stetiges Kommen von Einzeichnern. In allen aufgeschickten Einzeichnungsstellen war die Höflichkeit und die Behilflichkeit der Leiter und ihrer Kräfte den Eintragenden gegenüber ausgezeichnet. Nur sollte in manchen Schulen dafür Sorge getragen werden, daß man ohne langes Hin- und Herfragen, sich zurecht finden kann.

Tiergarten.

Im Verwaltungsbezirk Tiergarten war die Beteiligung an der Einzeichnung am zweiten Tage lebhafter als am ersten. Der Bezirk zerfällt bekanntlich in zwei Teile, die eine ganz verschieden geartete Bevölkerung haben. In Roabit, wo viele Arbeiter und kleine Beamte wohnen, Leute, die früher bei Siemens, bei Löwe und den jenseits der Spree liegenden Maschinenfabriken tätig waren, haben jetzt leider genug Zeit, um ihrer Einzeichnungspflicht Genüge zu leisten. In Roabit, wo die Einzeichnungsstellen mit einer einzigen Ausnahme in Schulen untergebracht sind, verlag sich denn auch das Einzeichnungsgeschäft ziemlich stark. Im westlichen Teil des Bezirks, in der Gegend der Lühow- und Bülowstraße, ging es weniger lebhaft zu. Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß in dieser Gegend, in der bei allen Wahlen eine große Anzahl Stimmen für die Rechtsparteien abgegeben wurden, den Geschäftsteuten wirtschaftliche Nachteile angebroht wurden, so kann man es verstehen, daß die Geschäftsleute sich vorerst zurückhalten. Erwähnen wollen wir, daß in der Schulaula in der Bochumer Straße das Wohlgeschick ganz besonders musterhaft vollzogen wurde. Am

Gegen den fürstlichen Raubüberfall!

In 13 überfüllten Massenversammlungen der Sozialdemokratie, die am Freitagabend in allen Bezirken Groß-Berlins stattfanden und in denen u. a. die Genossen Meier, Künstler, Dr. Löwenstein, Vempert, Crispian, Falkenberg, Schulz, Reimann, v. Puffamer und Bleier sprachen, hielt das Volk von Berlin Abrechnung mit den fürstlichen Bürgern, denen die Not des Volkes die günstigste Zeit scheint, ihre Kassen zu füllen. Die Parole: den fürstlichen Blutsaugern keinen Pfennig und kein Stück deutsches Boden fand in allen Versammlungen begeisterte Aufnahme. Die Volksbewegung gegen den Fürstentraub wächst von Tag zu Tag. Die gestrige Demonstration des sozialistischen Berlins war ein überzeugender Beweis dafür.

Nervenzusammenbruch des Landgerichtsdirektor Jürgens

Landgerichtsdirektor Jürgens hat im Verlauf seiner weiteren Vernehmungen durch den Stargarder Untersuchungsrichter einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten, der seine Ueberführung in das Pazarrett des Untersuchungsgefängnisses erforderlich machte, wo er im Augenblick vernehmungsunfähig dabeiliegt. Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, dürfte die seelische Erregung, in die Jürgens in den letzten Tagen geraten war, in der Hauptache auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß nunmehr seine Ehefrau, die von der Einreichung der Ehescheidungsklage Kenntnis erhalten hat, ihren Gatten in gewisser Hinsicht befristet, während sie selbst nach wie vor

Tore und an den Nachbargebäuden befanden sich Hinweise auf das Einzeichnungslokal und an dem Tor selbst war die Bekanntmachung des Bezirksamtes Tiergarten angebracht, auf dem die Einzeichnungslokale und die Straßen, die dazu gehörten, angegeben waren, so daß sich jeder auch an den Tagen, an denen die Plakate an den Anschlagläulen nicht angebracht sind, sehr leicht über sein Einzeichnungslokal orientieren kann.

Im Westen.

Der zweite Tag des Volksbegehrens hat noch ein weit erfreulicheres Bild als der erste. Die organisatorischen Mängel, die zu Beanstandungen Anlaß gegeben hatten, scheinen im großen und ganzen beseitigt zu sein, und es fällt niemand mehr schwer, den Weg von der Straße zum Einzeichnungslokal zu finden, wenn er ihn nur finden will. Und das sind nicht wenige, sind nicht nur längst enteignete Proletarier, die ja hier sowieso nicht allzu zahlreich anzutreffen sind, sind nicht nur Kleintrentner, die aufzuwerten die Deutschnationalen vergessen haben. Die weißen Listen, die auf den Tischen ausgebreitet liegen, lassen manche Kaufmännische oder auch auf Geistesarbeit hinweisende Handschrift erkennen. Einzig und allein im Rathaus Grunewald, in dessen mit einem Bismarckbild geschmückten Zimmer 3 ebenfalls eine Eintragungsstelle errichtet worden ist, herrscht Kirchhofstille. Sie ist nicht nur damit zu erklären, daß die Menschen hier wesentlich weniger dicht aufeinander hocken, als im Osten und Norden Berlins, sie ist auch schon aus der Mentalität heraus zu begreifen, in der die Bewohner dieses vornehmsten aller Berliner Viertel leben. Der Herr Fabrikbesitzer und der Herr Generalleutnant, die hier unnahbar thronen, eifrig ernährt vor allem vom „Lokal-Anzeiger“ und der „Deutschen Zeitung“, sind schon grundsätzlich für die Fürsten und somit auch für ihren Raubzug. Aber zwei Köchinnen sind ihnen doch durchgebrannt und melden sich auf dem Rathaus Grunewald: „Meine Herrschaft wollte ma mich jehn lassen. De jibts jrade noch!“

Wenn man die einzelnen Zeichnungsstellen besucht, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß von irgendeiner Seite sabotiert wird. Die Verteilung der Zeichnungsstellen ist sehr unglücklich gewählt. So ist beispielsweise die Schule in der Winterfeldstraße 16 Wahllokal; die Bewohner der Hausnummern 1 bis 17, also die Nachbarhäuser, sowie die gegenüberliegenden Häuser 22 bis 37 müssen sich aber im Wahllokal Palaststraße 15 eintragen. Die Wahlvorstände in den Wahllokalen nehmen die ihnen erteilte Instruktion über die Einzelnachweise sehr wörtlich, die Fragen werden nicht einmal Auskunft, wo sich die für sie zuständigen Einzeichnungsstellen befinden. Das Blickgefühl der Beamten geht soweit, daß in der Eintragungsstelle Steinwegstraße der Wahlleiter zwei Reichsbannerleuten, die sich im Vorraum der Turnhalle aufhielten, unter Drohung einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch fortwies. In der Zeichnungsstelle Winterfeldstraße 16 erscheint ein Herr und seine Ehefrau; die Ehefrau darf sich trotz polizeilicher Legitimation nicht eintragen, weil als Geburtsjahr 1890 angegeben ist, während auf der Legitimation der Frau 1891 richtig als Geburtsjahr bezeichnet ist. Der Leiter wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nur um einen Schreibfehler in seiner Liste handeln könne und er die Richtigstellung veranlassen sollte, was er aber ablehnte. Trotz all solcher Erschwernisse tragen sich auch viele offensichtlich rechtsstehende Leute in die Listen ein.

Neußölln.

In Neußölln war das Eintragungsgeschäft gestern schon etwas lebhafter. An einigen Stellen sah man kleinere Gruppen mit Plakaten vor den Schulen stehen, so daß diejenigen, die nicht Bescheid wissen, sofort aufmerksam werden. Bereitwillig wird von ihnen, da sie die Bezirke und die dazu gehörenden Straßen von den politischen Wahlen her kennen, Auskunft erteilt. Nicht ganz so offenerzig ist man in den Lokalen selbst. Auf eine Frage, ob der Andrang im Gegensatz zu gestern lebhafter wäre, erklärte mir ein Beamter ganz kurz: „Ich weiß es nicht.“ „Ach, Sie hatten gestern keinen Dienst?“ „Doch, aber ich darf diese Frage nicht beantworten!“ Man glaubt in den Gesichtszügen dieses Magistratsbeamten lesen zu können, daß jebe abgegebene Stimme ein Stich in sein Herz ist. Aber im proletarischen Neußölln kann man seine Empfindungen nicht so offenkundig werden lassen wie in Ostbeiden. Der Andrang war im allgemeinen am stärksten in der Zeit von 6 bis 7½ Uhr abends. Das Resultat vom Vortag wird sicher überschritten werden. Ein Uebelstand ist, daß in den Turnhallen die Beleuchtung miserabel ist. Leider ist die Einteilung der Wahlbezirke reichlich bürokratisch gehandhabt, so daß viele Zeichnungswillige weite Wege machen müssen. Hierbei wirkt noch sehr erheblich, daß die amtlichen Plakate, aus denen die Einteilung hervorgeht, überklebt sind. So werden unnötige Wege nötig, um erst das richtige Lokal ausfindig zu machen. Hier muß schnell Wandel geschaffen werden.

Lichtenrade.

Die Einzeichnungen in die im Gemeindeamt ausliegenden Listen weisen noch keine allzu rege Beteiligung auf. Zum Teil ist dies den großen Entfernungen und dem Fehlen von Verkehrsmitteln innerhalb der Dörflichkeit zuzuschreiben, denn nach Feierabend noch stundenlang zu laufen, ist nicht jedermanns Sache. Deshalb dürfte auch hier der Hauptandrang am Sonntag zu erwarten sein. Bemerkenswert ist die Beteiligung der ländlichen Grundbesitzer. Ueberall hört man beharrliche Aussprüche über das Volksbegehren, die es sogar an derbdrastischen Äußerungen über die verhassten Majestäten nicht fehlen lassen. Man gewinnt den Eindruck, daß selbst in den hier zahlenmäßig stark vertretenen rechtsgerichteten Kreisen die Stimmung für den Volksentscheid ständig im Wachsen ist. Immerhin dürfte bei dem kleinstädtischen, um nicht zu sagen dörflichen Charakter unseres südlichen Vorortes bei der Geschäftswelt Furcht vor Boykott der rechtsradikalen Kundschaft eine Rolle spielen. Bisher verliefen die Einzeichnungen ohne Zwischenfall.

jede Schuld abseignet. Jürgens hat in seiner Aufregung schließlich darum gebeten, den Schwager seiner Frau, den Gutbesitzer Strein, der in der Nähe von Stargard wohnt, nach Berlin zu rufen. Strein war bekanntlich mit Frau Jürgens wegen ihres Lebenswandels völlig verfeindet und hatte ihr sogar das Haus verboten, um seine Frau — ihre Schwägerin — von dem verderblichen Einfluß fernzuhalten. Auf die Tatsache, daß Jürgens unter der Wucht des über ihn hereingebrochenen Verhängnisses nicht mehr Herr seiner Taten ist, deutet auch der Umstand, daß er die Aufforderung seiner verregneten Behörde im Amtsgericht Charlottenburg, die Dienstschlüssel herauszugeben, mit geradezu krankhafter Erregung ablehnte, so daß schließlich die Schranke des betreffenden Beratungskommers gewaltsam geöffnet werden mußten, um die darin befindlichen Akten zu entnehmen.

Ueberflüssige Zeugen im Lühow-Prozess.

Aus Joppot, Seebad bei Danzig, erschien gestern der vom Staatsanwalt als Belastungszeuge geladene 17jährige Schüler M. Er hatte 23 M. Vorladung erhalten. Staatsanwalt wie Verteidiger verzichteten nun auf den Zeugen. Der junge Mensch, der unüherweise seine weite Reise gemacht hatte, kann heute erst nach Joppot zurückkehren. Weniger teuer, aber ebenso unnützlich war das Erscheinen eines 14jährigen Schülers als Belastungszeugen, der telegraphisch aus dem märkischen Städtchen Budow angefordert war. Auch einige 12jährige Knaben hatten das zweifelhafte Vergnügen, stundenlang auf ihren Aufruf zu warten, um hinterher zu erfahren, daß auf ihre Zeugenaussagen verzichtet

Reichswehrdebatte im Reichstag.

Reichswehr und Reichsbanner. — Die Selbstmorde.

Die Sitzung wird um 14 Uhr vom Präsidenten Boebe eröffnet. Die zweite Beratung des

Haushalts des Reichswehrministeriums

wird fortgesetzt. Abg. Rönneburg (Dem.) erklärt, seine Freunde hätten aus den Ausführungen der Abgg. Graf Schulenburg und Brüninghaus mit Genehmigung einmütigen, daß jetzt auch von der Deutschen und Deutschenationalen Volkspartei

die Volkshilfsliegende zum alten Eisen geworfen sei.

Beide Redner hätten anerkannt, daß die deutsche Armee bis zum letzten Kriegstage voll auf ihre Pflicht erfüllt habe. Bedauerlich sei Ton und Inhalt der Rede des sozialdemokratischen Abg. Künzler. Während die Parteien der Rechten im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung jetzt eine sympatische Stellung zur Reichswehr einnahmen, sei bei der Sozialdemokratie eine Wandlung im umgekehrten Sinne eingetreten. Bei aller Kritik an Einzelheiten dürfe doch nicht übersehen werden, daß in wirklich kritischen Stunden die Reichswehr durchaus ihre Pflicht getan hat. Die zu hohen Ausgaben im Wehretat seien größtenteils auf die Vorschriften zurückzuführen, mit denen uns die Entente offenbar die Erhaltung unserer Wehrmacht so teuer wie möglich machen wollte. Aus den Eingaben der Friedensgesellschaft auf Abschaffung der Reichswehr (spreche eine ungläubige Kapitulation, wenn davon erwartet wird, daß die übrigen Staaten dann auch abrüsten würden. Es müsse anerkannt werden, daß gegenüber den chaotischen Zuständen vor sechs Jahren der Fortschritt im organisatorischen Aufbau der Reichswehr ganz wesentlich sei. Wir werden die Marinebauten bewilligen. Die Auslandstreifen unserer Flotte sind notwendig und begrüßenswert. Die Frage, wie die Reichswehr zur Republik steht, hängt zusammen mit der anderen Frage, wie die Republik zur Reichswehr steht. Wo im Gegensatz zum Willen der Reichswehrleitung noch Zeitfreiwillige ausgebildet werden, müssen die schuldigen Kommandostellen rückwärts bestraft werden. Bötsche oder Kommunisten dürfen selbstverständlich als ausgesprochene Gegner des bestehenden Staates nicht in die Reichswehr eingestellt werden. Die Vaterländischen Verbände zeigen schon mit ihrem Namen

ihre freche Ueberheblichkeit den übrigen vaterländisch Gesinnten gegenüber.

Die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold war dem Terror dieser Verbände gegenüber eine Tat der notwendigen Abwehr. Wenn das Reichswehrministerium sogar den Reichsbund der Kriegsschädigten für politisch erklärt, dann muß unbedingt auch der Kaffhäuserbund für politisch erklärt werden. Es darf kein Gegensatz zwischen dem Volkstaat und seiner Wehrmacht bestehen, beide müssen zu einer inneren, untrennbaren Einheit verschmelzen. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Kolbl (Bayer. Sp.) bezeichnet die Kritik an den hohen Ausgaben im Wehretat als unerschützt. Vergleiche zwischen den Bewaffnungs- und Ausrüstungskosten von heute mit denen von 1914 seien ebenso unmöglich, wie der Vergleich zwischen Berufsarmee und Volksherr überhaupt. Bisher sei wenig davon zu hören, daß auch die übrigen Staaten aus dem Verfall der Wehrmacht die Konsequenz der Abrüstung ziehen. Das Gerücht von der „Schwarzen Reichswehr“ gehöre schon zum ewigen Bestand der Lügen, die vielen Leuten darüber hätten aber keine tatsächliche Unterlage. Zur Verminderung der erschreckend großen Zahl der Selbstmorde in der Reichswehr wäre

ein Ausbau der Seelhilfe

das beste Mittel. Das Verbot der Beteiligung der Reichswehr an Veranstaltungen, in denen General a. Geb. Glatzel spricht, sei zu bedauern. Es handele sich um einen außerordentlich verdienstvollen General. Der Redner führt weiter Beschwerde darüber, daß bei der Vergütung von Zuschüssen im Jahre 1924 die bayerische Industrie vollständig ausgeschlossen worden sei. Der Redner schließt mit dem Ausdruck höchster Anerkennung für die Reichswehr und ihre Leitung.

Abg. v. Kamin (Bölk.) meint, Deutschland sei durch seine vollständige Entwaffnung hinter die kleinsten Nachbarstaaten zurückgefallen. Die unter dem Druck der Entente ganz unzureichend gestaltete kleine Reichswehr könne nicht einmal einen Verteidigungskampf führen. Wenn die Republik den Geist der Wehrhaftigkeit übernimmt, dann wird sich auch unsere Haltung zu ihr ändern. (Hört, hört! links.) Wenn schon im Frieden das Heer so vernachlässigt worden wäre, wie das erst in den Kriegsjahren geschehen sei, so hätte Deutschland schon zu Weihnachten 1914 Frankreich den Frieden aufzwingen können. (1) Der Redner beantragt schließlich die Wiederherstellung des Haushalts, wie er von Reichswehrministerium aufgestellt worden sei.

Reichswehrminister Geßler

erklärt gegenüber dem Abg. Rönneburg, daß bei der Ausführung der Wehrmacht auch das Reichsbanner zugegen gewesen sei. Bei der rein militärischen Seite seien die politischen Verbände nicht hinzugezogen worden, nur die Fliegerverbände und die Kriegervereine hätten daran teilgenommen. Zu einer Beschwerde des Abg. Kolbl meint der Minister, daß sich leider die Verwendung preussischer Offiziere in Bayern nicht vermeiden lasse. (Zuruf links: Leider! — Heiterkeit.)

Abg. Kuhnt (Soz.)

gibt folgende Erklärung ab: Der Reichswehrminister hat behauptet, daß er den Reichsbund der Kriegsschädigten deshalb für politisch erklärt und für Reichswehrgeschädigte verboten habe, weil er in seinen Schutungen sage, daß er seine sozialen und wirtschaftlichen Ziele für die Kriegsoffiziere durch Einwirkung auf die Gesetzgebung zu erreichen suche.

Obwohl es zweifelhaft ist, ob man diese in der parlamentarischen Demokratie ganz selbstverständliche Bemerkung — denn an einen absoluten Monarchen oder Diktator können sich die Kriegsoffiziere doch nicht wenden — deshalb politisch gegen eigentlichen

Sinn bezeichnen kann, so steht doch fest, daß teils wörtlich, teils dem Sinn nach, ganz die gleiche Bemerkung steht in den Schutungen:

1. der Kriegervereine (Kaffhäuserbund),
2. des Reichsverbandes der Kriegsschädigten und der Kriegsoffiziere,
3. des Zentralverbandes (Richtung Stegerwald-Thiel) der Kriegsoffiziere.

Diese Verbände sind nicht verboten.

Das Vorgehen des Reichswehrministeriums charakterisiert sich daher als

eine unerhörte Parteilichkeit.

die um so empörender wirkt, als sie gegen 1 Million Kriegsschädigte, Witwen, Waisen und Eltern gerichtet ist, die dem Vaterland wesentlich größere Opfer gebracht haben, als die monarchistischen Offiziere, die Herrn Geßler zu der empörenden Maßnahme veranlaßt haben. Denn verboten wurde der Reichsbund in Wirklichkeit wegen der Schutungsbestimmungen, in denen er sich von den anderen Verbänden unterscheidet und die sind:

1. Bekenntnis zur Republik,
2. Bekenntnis zum Pazifismus.

Der Geist, der dem Reichswehrminister bei seinem Urteil die Feder geführt hat, ist damit hinreichend gekennzeichnet. Damit ist die allgemeine Aussprache geschlossen. Das Gehalt des Reichswehrministeriums wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten bewilligt. Ein kommunistisches Mißtrauensvotum wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt den Fonds von 1 Million Mark, der zur Verfügbung des Reichswehrministers für besondere Zwecke in den Etat eingestellt ist, zu streichen. Das wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Schöpflin (Soz.)

wendet sich gegen die Konkurrenz, die den Zivilmusikern von den Reichswehrkapellen gemacht wird. Es geht soweit, daß die Kapellen eigene Autos besitzen, mit denen sie auf 30 bis 40 Kilometer Entfernung von ihrem Standort herumreisen können. Der Reichswehrminister müsse endlich dafür sorgen, daß den Zivilkapellen, die schwer um ihre Existenz kämpfen müssen, nicht mehr diese Konkurrenz gemacht werde. Ueberaus bezeichnend sei es, daß in das Verzeichnis der Armeemärche lediglich solche aus der kaiserlichen Zeit aufgenommen werden. Die Militärkapelle des 2. Bataillons des 9. Infanterieregiments liefert seit Wochen schon in einem Lokal „Bodenturm“ und das ganz in der Nähe des Reichswehrministeriums. Wir erwarten, daß der Reichswehrminister zu seinen Worten steht und diese schreienden Mißstände, die jedes soziale Empfindens bar sind, umgehend beseitigt, damit wir nicht nächstes Jahr wieder eine Rüstungsdebatte haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichswehrminister erklärt dazu, daß die Frage der Militärkapellen eine Frage der besseren Besoldung sei. Leider sei er dazu gezwungen, das Spielen außerhalb des Regiments zu gestatten. In Berlin bestünde die politische Kommission, die das Spielen regeln sollte, nicht mehr, weil eine große Anzahl nach Rüstern bestünde. Jetzt seien neue Richtlinien aufgestellt worden, wonach die Kapellen zusammen mit dem Rüsternverbände geregelt werden solle. Er bemühe sich also, die Konkurrenz zwischen Zivil- und Militärkapellen zu beseitigen.

Abg. Räder (Komm.) beantragt die Streichung der Ausgaben für die Übungen der Reichswehr.

Beim Kapitel Bildungswesen bringt

Abg. Dr. Moses (Soz.)

die Zahl der Selbstmorde bei der Reichswehr zur Sprache. Sie betrug im Jahre 1921 103, 1922 106, 1923 117, 1924 122, 1925 129. Dazu kommt noch eine ziemlich hohe Zahl von Selbstmordversuchen. Der Abg. Rönneburg und auch der Reichswehrminister hatten behauptet, daß die Zahl der Selbstmorde bei der preussischen Schupo verhältnismäßig noch größer sei. Das ist nicht richtig. Bei einer Zahl von 85 000 Schupobeamten in Preußen ereigneten sich in den beiden Jahren 1924/25 zusammen 124 Selbstmorde, dagegen bei der Reichswehr mit 100 000 Mann 261 Selbstmorde, also

nicht als doppelt soviel.

Wir müssen versuchen, die Ursache der Selbstmorde aus den Streit der Parteien herauszuheben und

mit allen Mitteln diesem Uebel auf den Grund zu gehen.

Uns macht uns dabei furchtbar. Das Reichswehrministerium hat als Gründe für die Selbstmorde alles Mögliche angeführt, so die zwölfjährige Dienstzeit, Liebesunruhen, Geschlechtskrankheiten usw. Verhandlungen körperlicher und seelischer Natur hat es nicht angegeben. Leider hat sich aber manches zugegetragen, was eine Heranziehung dieser Ursachen für die Erklärung der hohen Zahl der Selbstmorde nicht vermeiden läßt. Eine größere Anzahl von Beschwerden sind in dieser Hinsicht dem Ministerium zugänglich gemacht worden. Wir haben keine befriedigende Antwort darauf erhalten. Der Redner berichtet über einen Fall, der sich im vorigen Jahr in Schneidemühl ereignete. Dort hatte ein Soldat um Betreuung von der Teilnahme am Schwimmen ersucht, weil er an Herzkrämpfen leide. Ingegnen wurde ihm wiederum von dem Leutnant besohlen, ins Wasser zu gehen, worauf der Soldat erwiderte: „Ach kann nicht mehr!“ Der Soldat wurde in erster Instanz von der Beurlaubung der Behörungsverweigerung freigesprochen, die Berufungsinstanz hat ihn zu vierzehn Tagen Arrest verurteilt und dabei ausdrücklich gefügt: Es sei unzulässig, daß ein solcher Befehl nicht ausgeführt werde, wenn auch Todesgefahr bei seiner Ausführung drohe. (Hört, hört! b. d. Soz.) So gemiß dieses Urteil ein Befehl ist, so gemiß war die Wiederholung des Befehls durch den Leutnant, trotzdem der Soldat beim ersten Male schon erkrankt war. eine Rohheit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Zur Aufrechterhaltung der Disziplin ist die Anwendung brutaler Mittel nicht notwendig. Durch die Mittel der Erziehung müssen die

Menschen dazu gebracht werden, die Autorität zu achten. Wir verlangen mehr seelisches Verständnis für die jungen Soldaten. Wenn im Ausnahmefall geordert wurde, daß die Seelhilfe bei der Reichswehr erweitert werden müsse, so können wir als Ärzte diese Forderung sehr gut verstehen. Mit solchem psychologischen Einfluß wird bei Kranken mehr erreicht, als durch Dutzende ärztlicher Rezepte. Aber ob es bei der Reichswehr gerade Barrer sein müssen, die diesen Einfluß ausüben, das erscheint mir doch sehr fraglich. Hier wäre ein wichtiges Arbeitsfeld für den parlamentarischen Betrachter, der nach dem Vorbild bei der österreichischen Armee tätig sein möchte. Wenn Reichswehr und Beirat zusammen arbeiten würden,

dann würden wir des Übels bald Herr werden.

(Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schneller (Komm.) begründet einen Antrag, die Reichsregierung zu beauftragen, dem Reichstag regelmäßig halbjährlich eingehende Uebersichten über die Unglücksfälle und Selbstmorde, einschließlich der Selbstmordversuche, in Heer und Marine vorzulegen.

Abg. Rönneburg (Dem.) lenkt die Aufmerksamkeit des Ministeriums auf das Hochschulwesen bei der Reichswehr, die den Bedürfnissen der Soldaten für ihre späteren Berufe nicht genügt. Die Schulen sollen keine höhere Lehrbildung vermitteln, sondern für das praktische Leben vorbereiten.

Abg. Künzler (Soz.) stellt fest, daß bisher weder der Reichswehrminister noch der Arbeitsminister die Bestimmungen des Wehrmachtsversorgungsgesetzes über die Vorbereitung für den Uebertritt zum Zivilberuf ausgeführt haben. Die Reichsbehörden lassen die Zivilanwärter beim Uebertritt ins bürgerliche Leben noch immer im Stich. Es ist ganz natürlich, daß die Stellenvermittlung in der Zeit des Beamtenabbaues nicht sehr erfolgreich war. Das liegt aber mehr daran, daß die Bewerbungen planlos erfolgten und den Zivilanwärtern der Ueberblick über die Personaloerhältnisse bei den Behörden fehlt. Es muß also eine Stelle geschaffen werden, die den Anwärtern beim Uebertritt aus der Reichswehr zur Seite steht. Es ist das um so notwendiger, weil die Anwärter während ihrer zwölfjährigen Dienstzeit dem bürgerlichen Leben entfremdet werden. Die Schädigung der in der Instanzzeit ausgeschiedenen Anwärter ist noch immer nicht gutgemacht worden. Wenn man nicht die aus dem Heere ausscheidenden Personen besser unterstützt, dann werden sie in bürgerlichen Berufen als Vorkämpfer auftreten. Der Reichstag muß also verlangen, daß endlich mehr als bisher für die Anwärter geschieht.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Cude (Wirtsch. Vg.), der gleichfalls den Ausbau der Versorgung wünscht, erteilt ein Vertreter des Wehrministeriums, daß auch diesem diese Frage sehr am Herzen liegt, aber leider ständen ihrer befristenden Lösung noch erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Zunächst versuche man die Anwärter in der Wirtschaft unterzubringen, bis sie Gelegenheiten fänden, in freiberwerbende Beamtenstellungen einzurücken. Der Entwicklung des Fachschulwesens werde große Aufmerksamkeit zugewendet.

Nach 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr verlagert.

Hauszinssteuer-Zwischenlösung.

Zweite Lesung im Landtag.

Der Landtag erledigte gestern die Abstimmung zur zweiten Beratung des Handelsetats. Es wird eine Reihe von Anträgen angenommen, die zu Ersparniszwecken Vorstöße an verschiedenen Einzelpositionen verlangen. Angenommen wird ein Antrag auf baldige Einbringung einer Warenhaussteuervorlage. Da bei den Handelstammern bestehenden Kleinhandelsausschüssen sollen obligatorisch gemacht werden.

In zweiter und dritter Lesung wird alsdann die

Neuregelung der Gewerbesteuer

im wesentlichen nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Die Vorlage bringt eine Verlängerung der geltenden Vorschriften bis zum 31. März 1927. Der Ausschuß hat den von der Steuer freibehaltenden Teil von 800 auf 1200 R. erhöht; in der Abstimmung erfolgte auf Antrag der Deutschen Volkspartei eine weitere Erhöhung des steuerfreien Betrages auf 1500 R.

Zum Schluß erledigt das Haus dann noch die zweite Beratung der

Zwischenlösung der Hauszinssteuer.

Gen. Meyer-Solingen wies auf die Unzulänglichkeiten hin, die durch die Verschleppung der Erleichterung des sozialdemokratischen Antrags im Reichstag auf Hinausschiebung des Inkrafttretens des Friedensmiete entstanden sind. Der Antrag Müller-Franken ist bereits im November vorigen Jahres eingebracht, aber erst in der vorigen Woche im Reichstag verabschiedet worden. Infolgedessen wurde die Zwischenlösung für die Hauszinssteuer notwendig. Die Kommunisten erklärten, daß die Vorlage ein Attentat auf die Taschen der Mieter sei. Dabei haben ihre Freunde im Berliner Rathaus für die Erhöhung der Grundsteuer gestimmt, um Mittel für die Stadt Berlin zu beschaffen. Diese Erhöhung der Grundsteuer in Berlin ist in ihrer Auswirkung gar nichts anderes als die Erhöhung der Hauszinssteuer in Preußen. Die Kommunisten auf dem Berliner Rathaus sind eben schon etwas klüger und verständiger geworden. Wir Sozialdemokraten betonen mit offenem Rohrdind, daß wir nicht leichten Herzens an die Zwischenlösung herangehen sind, sondern lediglich in der Sorge für des Ausgleich im Staatshaushalt und im Interesse der Finanzierung des Wohnungsprogramms. Was nützen die schönsten Programme, wenn sie nicht finanziert werden? Zu übrigen sollte man nicht vergessen, daß Preußen von allen Ländern die stärksten Aufwendungen für den Wohnungsbau gemacht und noch immer die niedrigsten Mietsätze zu verzeichnen hat. Wer die Gesamtfrage berücksichtigt und versteht, versteht auch unsere Haltung, wenn wir der Vorlage zustimmen, zumal unsere Forderung auf Berücksichtigung der minderbemittelten Mieter Besatzung gefunden hat.

In der Abstimmung wird die Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen, ebenso der Antrag, der bei minderbemittelten, Rentnern usw. Steuerfindung oder minderbelastung fordert.

Sonnabend Fortsetzung der Beratung des Etats des Innenministeriums.



MOSLEM - DIE BESTE CIGARETTE IN DIESER PREISLAGE!

Billigeres Brotgetreide?

Leichte Preisfenkungen am Weltmarkt!

Zum Weltmarkt für Brotgetreide setzte sich im Winter der Spekulationen Kräfte im neuen Jahre bisher nur schwer eine bestimmte Tendenz durch. Während man in weitesten Kreisen nach der guten Ernte 1924/25 mit einer energischen Preisreduktion rechnete (eine „Rechnung“, der bis in den Oktober eine Abwärtsbewegung tatsächlich entsprach!), gingen die Preise für Weizen international im November und Dezember wieder nahe an die Spekulation übersteigerten Preise der ersten Monate des vergangenen Jahres heran. In New York stieg beispielsweise greifbarer Hartwinterweizen von 162 Cent je Bushel im Oktoberdurchschnitt auf 195 Cent im Dezemberdurchschnitt, also um 20 Proz. Im neuen Jahre ist die Tendenz noch nicht richtig umgeschlagen; man kann, obwohl zweifellos Preisfenkungen erfolgt sind, wegen deren geringfügigkeit bisher erst von einem Preisstillstand sprechen. Von 195 Cent im Dezemberdurchschnitt ist der Weizen in New York noch weiter auf 198,6 Cent im Januar durchschnitte gestiegen, um dann im Februar durchschnitte auf 192,8 Cent, also um ganze 1,1 Proz. gegen Dezember, zu „fallen“.

Der Roggen hat seit dem Herbst eine ähnliche Preisentwicklung durchgemacht, wenn er auch von seinem Stand zu Anfang des vergangenen Jahres weit entfernt geblieben ist. Dezemberroggen kostete in Winnipeg (Kanada) im Oktoberdurchschnitt 76,1 Cent je Bushel und im Dezemberdurchschnitt 98,8 Cent, also 30 Proz. mehr. Im Januar und Februar ist der Roggen dann an den nordamerikanischen Märkten ausgesprochen „schwach“ gewesen, als Weizen und schließlich auch etwas stärker gefallen. Die Preisbewegung verlief an allen nordamerikanischen Märkten parallel, wenn auch Winnipeg unter dem Einfluss des kanadischen Weizenpools kräftiger das Bestehen zeigt, die Preise zu halten, wie die anderen Märkte.

Der gegenwärtige internationale Preisstand wird in seinem Verhältnis zu den Notstandspreisen des vergangenen Frühjahrs durch die Zahlen der folgenden Tabelle bezeichnet, die die Monatsdurchschnittspreise in Chicago für Weizen in Cent je Bushel enthält.

	1925	1926	weniger als 1925 in Proz.
Weizen Januar	188,4	175,6	7
Februar	189,4	170,0	10
Roggen Januar	164,55	110,0	88
Februar	164,45	99,2	40

Der Berliner Markt.

Die Berliner Getreidebedürfe hat als maßgebender deutscher Markt die Preisfenkungen für Weizen seit dem Oktober durchaus mitgemacht. Nachdem die Lanne greifbarer märkischer Weizen im Oktoberdurchschnitt 211,60 Mark gefostet hatte, stieg sie im Novemberdurchschnitt auf 229,90 Mark und im Dezemberdurchschnitt auf 250 Mark, also um 18 Proz. (gegen 20 Proz. gleichzeitig in New York). Während aber in New York der Weizen im Januar durchschnitte noch eine geringe Erhöhung erreichte gegenüber dem Dezember, sank er im Januar in Berlin bereits etwas, auf 248,90 Mark. Die weitere Senkung des Weizenpreises in Berlin im Februar durchschnitte auf 246,75 Mark bedeutet gegenüber dem Dezemberdurchschnitt ein Minus von ganzen 1,3 Proz. (gegenüber 1,1 Proz. gleichzeitig in New York).

Die Roggenpreisbewegung ist dagegen in Berlin abweichend von der gleichzeitigen nordamerikanischen verlaufen. Greifbarer märkischer Roggen kostete in Berlin im Oktoberdurchschnitt 148,90 Mark pro Tonne, im Novemberdurchschnitt 145,50 Mark und im Dezemberdurchschnitt 151,45 Mark. Nach einer Preisfenkung im November betrug die Steigerung vom Oktober zum Dezember also nur 1,7 Proz. gegenüber 30 Proz. in Kanada. Im Januar durchschnitte fiel der Berliner Roggenpreis geringfügig auf 150,20 Mark und im Februar durchschnitte auf 147,10 Mark. Im ganzen zeigt also der Berliner Roggenpreis bereits seit dem Herbst eine fast vollständige Stabilität; seine Bewegungen sind nur gering.

Im Vergleich zu den entsprechenden Monaten des Vorjahres stellen sich Weizen- und Roggenpreise in Berlin im Januar- und Februar durchschnitte 1926 (Preise für greifbare märkische Ware) wie folgt:

	1925	1926	weniger als 1925 in Proz.
Weizen Januar	253,80	248,90	2
Februar	252,40	246,75	2,2
Roggen Januar	247,60	150,20	80
Februar	250,00	147,10	41

Während wir uns also in Deutschland gegenwärtig der nur ganz geringfügig abgesetzten Notstandsweizenpreise des Winters 1924/25 „erfreuen“, liegen die deutschen Roggenpreise wesentlich darunter. Dabei darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß der „normale“ Preisunterschied zwischen Weizen und Roggen in Berlin im Durchschnitt der Jahre 1906/13 16,5 Proz. des Weizenpreises betrug, während im Januar/Februar 1925 Weizen und Roggen fast gleichstanden. Aber es ist andererseits zweifellos, daß der deutsche Roggenpreis außerordentlich stark gedrückt ist.

Die „Roggen-Not“.

Bei nur 5 Mark Zollunterschied pro Tonne kostete in Berlin im Durchschnitt der Jahre 1906/13 der Roggen 83,5 Proz. des Weizenpreises. In Chicago kostete dagegen im Januar/Februar 1926 der Roggen nur 60,5 Proz. des Weizens und in Berlin fast daselbe, nämlich genau 60 Proz. Es besteht also tatsächlich eine starke Unterbewertung des Roggens, die für die deutsche Landwirtschaft, deren Interesse am Roggen das am Weizen mehrfach überwiegt, eine große Bedeutung hat. Nun ist allerdings die Preislage an sich nicht entscheidend, am wenigstens die Preislage eines einzelnen Produkts. Man muß wenigstens zu den Preisen das Gesamtergebnis in Beziehung setzen.

Da ergibt sich nun bezüglich der deutschen Roggenlage folgendes. Nämlich wird das Gesamtergebnis für 1924 mit 5 729 800 Tonnen Roggen angegeben, dagegen für 1925 wesentlich höher mit

8 062 900 Tonnen. Das Ergebnis im Jahre 1925 ist weit mehr als höheren Aufwendungen der Landwirtschaft an geldwerten Gütern „dem Himmel“ gedankt. Nimmt man nun den Durchschnitt der Berliner Roggenpreise für die Monate Juli 1924 und Juni 1925 mit 211 Mark als mutmaßlichen Erlös für die Ernte des Jahres 1924 und den Durchschnitt der Berliner Roggenpreise für die Monate Juli 1925 und Februar 1926 mit 162 Mark als mutmaßlichen Erlös für die Ernte des Jahres 1925 (eine Annahme, die natürlich nicht ganz zutreffend, aber mangels einer besseren notwendig ist!), so ergibt sich, daß die deutsche Landwirtschaft für ihren Roggen

1924 bei schlechter Ernte und guten Preisen 1209 Millionen Mark erzielte und 1925 bei guter Ernte und schlechten Preisen 1306 Millionen Mark erzielen wird.

Unter diesen Umständen erscheinen die Klagen der Landwirtschaft über ihre „Roggennot“ mindestens stark übertrieben. Soweit sie berechtigt sind, betreffen sie stärker den Umstand, daß es der Landwirtschaft nicht möglich war, ihren Roggen so schnell abzusetzen, wie ihre Schuldabtragungs- und Zinsverpflichtungen das wünschenswert erscheinen ließen, als die Preisbände. Die Abfahrschwierigkeiten aber hängen nicht mit der angeblichen Abwendung der breiten Massen vom Roggenbrotverzehr zusammen. Recht schwerwiegend ist hier zunächst der Kapitalmangel bei Korn- und Rehläutern, bei Mähten, Händlern und Bäckern, der diese zur äußersten Knappheit in der Vorratshaltung zwingt. Vielleicht am stärksten fällt aber ins Gewicht die Einschränkung der Roggenverfütterung, weil reichlich Hafer und Gerste billig zur Verfügung stehen. Der Roggenverbrauch für Viehfütterung wurde vor dem Kriege auf 25 bis 35 Proz. geschätzt; es liegt auf der Hand, wieviel eine starke Einschränkung dieses Verbrauches zur Unverkäuflichkeit von Roggenbeständen im Inlande und zum Preisdruck beizutragen vermag. Unter solchen Umständen wird die Folge der geplanten Roggenstützungspolitik sein, daß trotz der dem Konium zugedachten Opfer das Ziel: restloser Absatz des Roggens zu „befriedigenden“ Preisen nicht erreicht wird. Es bedarf eben einer weitgehenden Umstellung der agrarischen Produktion in Deutschland.

Prof. Krehen.

Die Exportmaßnahmen des Reiches.

Selbstbestimmung im privaten Versicherungsgewerbe?

Bekanntlich hat das Reich in seinem Programm zur Förderung des Exportes die Unterfütterung des Exportversicherungskredits vorgezogen. Ein erheblicher Betrag wurde bereitgestellt, um zusammen mit anderen Versicherungsgesellschaften den exportierenden Firmen einen großen Teil des Risikos für den Einzug der Zahlungen aus Geschäften zu sichern, die nach dem Auslande auf dem Kreditwege erfolgten. Im Verlauf der weiteren Beratungen hat die Frage eine sehr interessante Wendung genommen. Zwei der beteiligten Versicherungsgesellschaften, denen die Haftung des Reiches sicherlich auch ein gutes Geschäft gebracht hätte, nämlich die Vaterländische Kredit-Versicherung A.G. und ihre Rückversicherungsgesellschaft, die Schweizer Rückversicherungs A.G. in Zürich, erklärten plötzlich, daß sie nicht mitmachen. Trotzdem wollen diese beiden Gesellschaften ohne jede Hilfe des Reiches die Exportkreditversicherung aufnehmen, und zwar nach zu günstigeren Bedingungen als diejenigen, die das Reich für seine Aktion vorsah.

Dieser Vorgang ist außerordentlich bezeichnend. Das private Versicherungsgewerbe hatte auf dem Gebiet der Exportversicherungskredite so versagt, daß alle beteiligten Kreise nach der Reichsaktion riefen. Kaum greift aber das Reich ein, so stellt sich heraus, daß auf diesem Gebiete so gute Geschäftsmöglichkeiten liegen, wie man sie überhaupt vorher nicht gahnt hat. Deshalb verzichtet ein Teil der Interessenten großmütig auf die Aktion des Reiches und macht das Geschäft auf eigene Faust.

Man muß natürlich abwarten, ob dieser Kreis der Interessenten nicht den Mund zu voll genommen hat und ob er sich auf die Dauer der übernommenen Aufgabe gewachsen zeigt. Trotzdem ist die ganze Entwicklung der Frage von der größten grundsätzlichen Bedeutung zur Entscheidung darüber, ob staatliche Eingriffe in die Wirtschaft erwünscht sind oder nicht. Hätte das Reich nichts getan, so würde sich wahrscheinlich heute noch niemand ernsthaft in großem Ausmaße mit der Exportversicherung befassen. Kaum aber hat das Reich eingegriffen, so erwacht auch die Privatinitiative von Unternehmungen, die es sogar noch besser können wollen. Das ist doch ein Beweis dafür, wie gerade bei rückständigen Geschäften die freie Entschlußkraft des privaten Unternehmertums sehr leicht versagt, bis das Reich die Führung einer derartigen Operation an sich gerissen hat. Man wird sich das für die Zukunft auch auf anderen Gebieten der Wirtschaft merken müssen.

Dem Reich kann natürlich diese ganze Entwicklung durchaus recht sein. Werden die vorgesehenen Millionenbeträge nicht für die Exportversicherung gebraucht, bringt das Privatkapital aus Eigenem die notwendigen Kapitalbeträge auf, so verliert die Exportversicherung den Charakter einer Subventionsmaßnahme, der ihr sonst anhaftet. Bleiben die Mittel des Reiches unangefastet, ohne daß dabei die Exportförderung Schaden leidet, um so besser: dann werden diese großen Geldbeträge an anderer Stelle zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwendet werden können. Scheidet das Reich sofort aus der Förderung des Exportkredits aus, so besteht immerhin die Gefahr, daß sämtliche Interessengruppen sich zur Hochhaltung der Prämienföhe zusammenschließen, damit die Exportversicherung erschweren und auf die notwendige Förderung der Warenausfuhr verzichten. Unter diesen Umständen kann es nur erwünscht sein, wenn das Reich vorläufig seinen Einfluß auf diese Fragen behält, und wenn gleichzeitig die private Exportversicherung in einer gewissen Konkurrenz zu der Maßnahme des Reiches sich günstig entwickelt.

Siemens und der Eisentrust.

Starke Erhöhung des Reingewinns im Siemens-Konzern.

Von den Verwaltungen der Siemens u. Halske A.G., Berlin, und der E. M. vorm. Schudert u. Co. in Nürnberg wird folgendes mitgeteilt:

Den Wunsch der Montanseite unserer Interessengemeinschaft (der Rhein-Elbe-Union), sich durch Einbringung ihrer Produktionsstätten in die „Bereinigte Stahlwerke“ die Möglichkeit eines solchen Zusammenschlusses zu sichern, müssen wir in Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland als berechtigt anerkennen. Der zwischen uns abgeschlossene Interessengemeinschaftsvertrag würde hierdurch in wesentlichen Punkten unbrauchbar werden. Andererseits besteht der Wunsch, die in dieser Interessengemeinschaft entwickelte Zusammenarbeit zwischen führenden Betrieben der Montan- und Elektroindustrie aufrecht zu erhalten. Die augenblicklich schwebenden Verhandlungen versuchen, dem veränderten Zustand durch Umgestaltung der Vertragsbeziehungen zu entsprechen. Wir hoffen, daß diese Verhandlungen bis zur Generalversammlung zu einem Abschluß gekommen sind. Unter der Annahme, daß der Zusammenschluß der Stahlwerke endgültig durchgeführt wird, hat der Gemeinratsrat der Interessengemeinschaft beschlossen, den Firmen zu empfehlen, auch in diesem Jahre von einem Gewinnaussgleich abzuziehen und jeder Gesellschaft volle Freiheit in bezug auf ihre Bilanzierung und Gewinnausschüttung zu belassen. Sollte es nicht zu diesem Zusammenschluß kommen, so tritt eine Änderung in dem Interessengemeinschaftsvertrag nicht ein und der gegenseitige Gewinnaussgleich ist nachträglich vorzunehmen.

Auf dieser Grundlage wurden folgende Beschlüsse gefaßt: In der am 4. März 1926 abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates der Siemens u. Halske A.G. wurde der Abschluß für 1924/25 vorgelegt und genehmigt. Der Rohgewinn betrug einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre 9 591 470 M. (3 321 555 M.), nach Abschreibung auf Gebäude in Höhe von 696 912 M. (672 208 M.) ergibt sich ein Reingewinn von 8 894 558 M. (2 649 349 M.). Der auf den 26. März 1926 einzubringende Generalversammlung soll folgende Verteilung vorgeschlagen werden: Ausschüttung einer Dividende von 6 Proz. (im Vorjahre 0 Proz.), Rückstellung von 500 000 M. für Wohnungsbauten, Ueberweisung von 250 000 M. an die Fürsorgeanstalt Siemensstadt, Zuführung von 66 170 M. an den Arbeiterrat, Vortrag des Restes von 2 618 388 M. (2 649 349 M.) auf neue Rechnung.

In der Aufsichtsratssitzung vom 3. März der E. M. vorm. Schudert u. Co. in Nürnberg wurde die Vermögensaufstellung zum 30. September 1925 nebst Gewinn- und Verlustrechnung für 1924/25 vorgelegt. Die Einnahmen aus Anlagen, Unternehmungen und Wertpapieren betragen 2 806 774 M., die sich durch den Gewinnvortrag von 37 297 M. auf insgesamt 2 844 072 M. erhöhen. Nach Abzug von 885 047 M. für allgemeine Verwaltungskosten, Steuern, Zinsen, Baukosten und Abschreibungen auf Gebäude ergeben sich 1 979 024 M. Reingewinn.

Der Aufsichtsrat der Siemens-Schudert-Werke GmbH. genehmigte in seiner Sitzung vom 4. März 1926 den Abschluß über das am 30. September 1925 beendete Geschäftsjahr. Die Bilanz weist einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre einen Rohgewinn aus von 10 043 403 M. (1 517 199 M.). Nach Abzug eines Betrages von 1 088 647 M. (1 086 754 M.) für Abschreibung auf Gebäude verbleibt ein Reingewinn von 8 954 756 M. (4 304 445 M.). Es wird beantragt, daß an die Gesellschafter eine Dividende von 6 Proz. (0 Proz.) auf das Stammkapital von 90 Millionen Mark ausgeschüttet, ferner eine Sonderrücklage von 2 Millionen Mark überwiesen, der Fürsorgeanstalt Siemensstadt 250 000 M. zugeführt, für Wohnungsbauten 500 000 M. zurückgestellt und die verbleibenden 804 756 M. (430 445 M.) vortragen werden.

Auf die Einzelheiten der Abschlüsse wird zurückzukommen sein, wenn die Geschäftsberichte vorliegen.

Lage und Aussichten des Einzelhandels. In seinem 23. Geschäftsbericht schilbert der Verband der Deutschen Waren- und Kaufhäuser eingehend die Entwicklung des Handels im vergangenen Jahre, die bekanntlich nicht günstig gewesen ist bei dem allgemeinen Mangel an Kaufkraft des Publikums. Der Bericht fährt dann fort: „Die Warenhäuser konnten bis zum September die Umsätze als befriedigend ansehen. Oktober und November brachten erhebliche Rückschläge. Hier wirkte neben der Geldknappheit die ungünstige Witterung mit. Der Dezember war etwas besser, konnte aber den Ausfall der vorhergehenden Monate nicht wettmachen. Im allgemeinen muß darauf hingewiesen werden, daß während des ganzen Jahres der bei weitem überwiegende Umsatz sich auf mittlere Preislagen erstreckte. Hochwertige Modestücken wurden ebenfalls gekauft, wie Luxusartikel jeglicher Art, und diejenigen Abteilungen der Warenhäuser und ebenso die Spezialgeschäfte, die in der Hauptsache für Luxusartikel in Frage kommen, dürften auf ein recht unbefriedigendes Jahresergebnis zurückblicken. Die Aussichten für das Jahr 1926 erscheinen nicht günstig. Die Geldknappheit hält an. Die Betriebsmittel sind, nachdem sie sich infolge der Inflation verringert und durch die Stabilisierung als ganz unzureichend erwiesen hatten, nicht aufgefüllt worden, und die Eindeckung für das neue Betriebsjahr leidet schwer unter diesen Verhältnissen. Das zeigt sich besonders auch in der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit, wie sie bei Uebergang aus dem alten in das neue Geschäftsjahr leider festzustellen ist.“ Schließlich spricht der Bericht die Hoffnung aus, daß durch anstrengende Arbeit die Wirtschaftsschwierigkeiten auch im Handel überwunden werden können.

Mißerfolg der Unbauwerkpropaganda! Wie das Stickstoffsyndikat meldet, war der Absatz an stickstoffhaltigen Düngemitteln an die deutsche Landwirtschaft im Monat Februar „befriedigend“. Auch das Kaliumsyndikat berichtet, bei gutem Auslandsverkehr, von relativ guter Abnahme der inländischen Käufer, also in erster Linie der heimischen Landwirtschaft, wenn auch die Rekordhöhe des Absatzes vom Februar 1925 nicht erreicht werden konnte. — Aus diesen Meldungen ist der Schluß zu ziehen, daß die deutsche Landwirtschaft die Vorbereitungen zur Frühjahrsbefruchtung in gewohnter Weise durchführt und sich — erfreulicherweise! — nicht an die Weisungen der „falschen Propheten“ hält, die für eine Erntesicherung der Landwirtschaft Propaganda machen, indem sie vor dem Einkauf von Betriebsmitteln (gegen Kredit) warnen.

„Komet-Freilauf“
gehört in jedes Fahrrad!
Unverwundlich im Gebrauch!

A-M ECKSTEIN & SÖHNE · DRESDEN · GEGR. 1842

Deine **Schwalbe** Pfg. Zigarette

Fürsten als Geldfälscher.

Das ursprünglich gute deutsche Geld war bereits im sechzehnten Jahrhundert wesentlich im Werte vermindert worden, als die sogenannten Hedenmünzen angefangen hatten, Falschgeld herzustellen. Als sich jedoch herausstellte, daß man damit ein gutes Geschäft machen könne, begannen einige Landesfürsten selbst, diese Falschmünzerei zu betreiben, indem sie minderwertiges Geld anfertigen ließen und zum vollen Werte in den Verkehr brachten. An Stelle der vollwertigen Silbermünzen ließen sie leicht verfilberte Kupfermünzen prägen, die bereits nach einigen Tagen zunderrot wurden. Das Volk freute sich genau wie in unserer neuzeitlichen Inflation zuerst über den scheinbaren Reichtum, der über es gekommen war. Da man für die Herstellung des neuen Geldes nicht genug Kupfer hatte, begann das Volk die kupfernen Kessel, Blasen, Geräte, Röhren usw. in die Münze zu tragen und zu verkaufen. Ein ehrlicher Mann durfte sich nicht mehr getrauen, einen Fremden zu beherbergen, aus Furcht, daß ihm seine kupfernen Gegenstände gestohlen würden. Selbst die Straßen wurden ausgeplündert. Es war also zunächst eine „goldene Zeit“, bald aber begann man zu merken, daß man seinen einzigen Reichtum anderen zugutragen hatte. Der leichte Gelderwerb steigerte auch die Arbeitslosigkeit. Das Volk erkannte zunächst nicht, daß lediglich die Fürsten sich selbst mit dieser Falschmünzerei bereicherten, und richtete seinen Zorn über die Geldentwertung gegen die „Kipper und Wipper“, Beamte der Fürsten, die im Lande das Metall zum Verkauf kauften und dann das schlechte Geld in den Verkehr brachten. Diese Beamten hatten ihren Namen von kippen, d. h. beschneiden, und wippen, d. h. schlechtes Abwiegen der Münzen.

Auch die Tieferschenden mochten zunächst nicht, die Fürsten als die wahren Blutsauger zu bezeichnen. Nur eine namenlos erdichtete Schrift aus dem Jahre 1622 sagt, daß man aus den Stempeln und der Aufschrift erkennen könne, wer die eigentlichen Schuldigen seien. Die Ärgsten dieser Münzverbrechen, die sich im Auftrage der Fürsten abspielten, knüpften sich an den Namen des Juden Lippold. Für ihren Umfang mag nur ein Beispiel angeführt werden. Das Reichsgesetz schrieb zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges vor, daß aus 16 Lot feinen Silbers 79 Gulden geprägt werden sollten. Aber bereits 1621 ordnete der Kaiser an, daß der achtfache Betrag hergestellt werde, so daß der Wert des Geldes auf ein Achtel sank. Dieses Verfahren, das direkt an Falschmünzerei grenzte, wurde dem Kaiser sehr bald durch seine hohen Beamten — durch Wallenstein und Bismarck — nachgemacht. Diese Männer verstanden es, vom Kaiser die Genehmigung zu erlangen, dem Juden Bassei das Monopol für den Verkauf von Silber in Böhmen und des Alleinverkaufs an die königliche Münze zuzuschreiben. Eine Gesellschaft hochgestellter Persönlichkeiten erhielt sogar das gesamte Münzwesen gegen eine Jahressumme von 6 Millionen Gulden, die an den Kaiser abzuführen war, in Alleinacht und erzielte dabei durch die Ausgabe von minderwertigem Gelde noch einen Jahresgewinn von 600.000 bis 700.000 Gulden. Die Geldentwertung nahm einen ungeheuren Umfang an, und das Wirtschaftsleben brach vollkommen zusammen.

Nicht viel anders war es unter Friedrich II., dem Heros unserer Hohenzollernvererber, der sich durch eine große Münzverschlechterung die Mittel beschaffte, die er brauchte, um den Dritten Schlesischen Krieg führen zu können. Er ließ den Beamten ihr Gehalt in Befoldungsscheinen zahlen, die nach dem Kriege eingelöst werden sollten. Wer sie aus Geldbedürfnis nicht so lange behalten konnte, erhielt dafür beim Wechsel nur etwa den fünften Teil des Nennwertes. Wer sie jedoch aufbewahrte, erhielt seine Befoldung nach dem Friedensschlusse in minderwertigem Gelde ausbezahlt, also etwa ein Drittel des Nennwertes. Der König steigerte durch diese gewaltige Geldfälschung seine Einnahme auf das Dreifache. Er trieb sogar die Fälschung so weit, daß er mit dem Kronschatzmeister von Polen unter der Hand vereinbarte, die schlechten Münzen sollten ohne Untersuchung in Polen über die Grenzen gelassen werden. Die gesamte Geschäftsführung in dieser schmutzigen Angelegenheit hatte er dem Juden Ephraim übertragen, der zusammen mit dem Juden Jhig die Münzen mit südischem Stempel prägen ließ und diese „Ephraimiten“ in den Verkehr brachte. Das Volk sagte von ihnen: „Von außen schön, von innen schlimm — von außen Friedrich, von innen Ephraim.“

Die Inflation, die wir vor einigen Jahren erlebt und erlitten haben, hat also in der Geschichte schon manche Vorgänger gehabt. In allen Fällen hat sie zur Bereicherung der Fürsten gedient, die allein das wertvolle Metall besaßen, das keiner Inflation unterliegt. Auch im letzten Kriege haben sie bekanntlich ihr Gold behalten und die Ablieferung, die uns doch als große patriotische Pflicht gezeichnet wurde, ihren dummen Untertanen überlassen. Dafür stellen sie aber auch heute die ungeheuerlichsten Abfindungsforderungen. Hoffentlich wird ihnen für dieses echt „patriotische“ Verhalten beim Volksbegehren die richtige Antwort erteilt! Dr. Karl Müller.

Schön ist die Jugend.

Memoiristisches von Paul Stegemann.

In den preussischen Volksschulen wird in jedem Jahre ein Elternabend geübt. Da tritt der Lehrkörper zusammen und veranstaltet vor der geladenen Elternschaft eine musische Abrechnung mit seinen Schülern.

- Da wird geturnt.
- Da wird gelungen.
- Da wird dekamiert.
- Da wird Kaffee, Bier und Kuchen eivernommen.
- Panem et circenses in Köllchen.

Als ich zum zwölften Jahre emporreife, ruhten einige Augen des Lehrkörpers ziemlich wohlwollend auf meinen künstlerischen Fähigkeiten. Ich wurde zum Deklamator bestellt und trug daraufhin die bekannte „Trompete von Dinville“ mit moissihaltem Einschlag dem Auditorium vor.

Der Beifall schwoll maßlos. Die Tränen stauten sich in den Augen der Veteranen und kulierten dann weich auf die Zigarren.

Der Rektor überreichte mir, seufzend verzückt, Schillers sämtliche Werke in einem Bande, zweipolig und schlecht gedruckt. Selbst preßte ich dies Geschenk, dies teure Stück deutscher Literatur, an meinen Summtragen.

Am anderen Tag, bei der Lektüre, teilte eine herbe Entdeckung. Denn dieser Autor langweilte mich gräßlich. Was war mir, dem zwölfjährigen Volksschüler, Don Carlos in seiner Pracht? Was gingen mich die „Gedichte an Laura“ an? Wie kam ich dazu, dem Fiesco von Seneca auch nur zwei Gramm Sympathie abzurufen?

Da war kein Blinnetou, kein Od Shatterhand, hobble Frank; da beschlich kein Ric Carter, kein Buffalo Bill, kein Texas Jock; da kämpften keine Seeräuber, hungerten keine Goldgräber, verholten keine Detektiva. Da war nichts in meinen Händen, in meinem Hirn als Schillers sämtliche Werke in einem Bande.

Später, nachdem, vielleicht ein halbes Jahr danach, stieß ich durch magische Gewalt auf ein Drama, dessen Titel mich arg faszinierte: „Die Räuber“, von Fr. v. Schiller. Nun erst gewann ich dem prächtigen Geschenk einige lichte Schattenseiten ab.

Wie alles, was ein Junge in die Hände bekommt, sehr real sein muß, so erfüllte dieses Dichtwerk auch erst seinen Zweck, als ich das

Räuberlied mit roter Tinte auf Pappdeckel in kleiner Auflage kalligraphiert und das Produkt am anderen Morgen auf dem Schulhofe an zehn tapfere Bläßgeichter beschwörend verteilt hatte.

Am Abend trofen wir uns auf einem großen Gelände vor der Stadt, mit Wiesen, Schrebergärten, kleinen Flüssen, mit heißen Sonnenstrahlen, stürmischen Winden, dunklen Nächten.

Dort wurde, sozusagen als Synthese aus „Wilhelm Tell“ und den „Räubern“, ein Landsbubenbund gegründet, der einige Zeit lang die Schule, das Stadtviertel, und speziell jeden Erwachsenen mit radikalstem Terror belegte.

Das fing zunächst ganz bescheiden an.

Einer von uns Kaufungen schritt in den nächstbestehenden Bäckereiladen, grüßte deot und fragte scheinheilig: „Haben Sie alte Brötchen?“

Natürlich hatte die gute Frau alte Brötchen. Jeder Bäcker hat alte Brötchen. Aber wir wollten ja keine erwerben. Weshalb der Jüngling dann höhnisch in den Laden schrie: „Dann sehen Sie bloß zu, daß Sie sie los werden. Ehe sie verschimmeln.“

Dem Schlichter an der Ecke ging es leider nicht besser. Dem empfahlen wir Blühtümpfe für seine vorräthigen Eisbeine.

Wir brauchten Geld, dringend Geld, für tausend nützliche Dinge. Um dies in möglichst großen Mengen zu beschaffen, zogen wir zum Bahnhof, machten den Dienstmännern Konkurrenz und schleppten Koffer; wir pochten auf Fahrradler auf und lastierten Trinkgelder dafür; wir stahlen Obst, sammelten Blechbüchsen, Stanniol, Lumpen,

Richter Jürgens.



Den Splitter in seines Bruders Auge sah er wohl —

alte Flaschen; wir angeten, mit einem Magnet an der Strippe, Geldstücke aus Kessellöchern; wir vermieteten uns, geschloffen, dem hannoverschen Hoftheater als Statisten und bußten mit Caruso um die Gunst des Publikums. . . er sang, wir mochten Khaborber; kurzum, wir waren sehr merktantil . . .

Das große Erlebnis kam immer am Abend. Da legten wir Pakete, mit Rot gefüllt und ordentlich verschmurt, auf die Straße und erfreuten uns an der späteren Hebertragung des jeweils christlichen Finders.

Oder wir schoben ein großes Portemonnaie in das Rißt einer Laterne, am Zwirnsaden verhaselt, so daß es dem sich bückenden Passanten mit leisem Ruck entzogen werden konnte.

Später am Abend sahen wir dann in unserer Höhle, einem hohen Baum, schmauchten seltsame Kräuter aus Tonpfeifen, erzählten tolle Geschichten, absurde Begebenheiten, beschworen aufs neue das unheimliche Bündnis, dunkle Sehnsucht in den Augen. . .

In den hohen Feiertagen unseres Bundes, auch die hatten wir, wurden Feuerwerkskörper hergestellt, Baumfeuer kunstvoll gemigt, Zündschnüre gedreht. Dann trachtete, dann böllerte, dann ziffte es gewaltig in die Landschaft, in den gutmütigen Himmel. . .

Schön ist die Jugend bei rohen Spielen . . .

Tatsachen und Zahlen, die zu denken geben.

Der tiefste Punkt der Erdoberfläche befindet sich im Toten Meer bei — 394, der höchste im Mount Everest bei 8840 Metern.

Während man vor 40 Jahren nur 30 verschiedene Riechstoffe kannte, werden deren heute 10.000—15.000 auf synthetischem Wege hergestellt. Da es nicht möglich ist, eine solche Menge durch Namen zu unterscheiden, werden sie nur noch mit Nummern bezeichnet.

Die Erdgasquellen in Siebenbürgen verteilen sich über eine Fläche von 515 Quadratkilometern. Der Gesamtvorrat soll mindestens 70 Milliarden Kubikmeter betragen und bei gleichem Verbrauch wie heute fast ein Jahrhundert reichen.

Jede Teilung eines Magneten führt stets wieder zu neuen, vollständigen Magneten. Die beiden Pole lassen sich auf keine Weise voneinander trennen. Auch in den kleinsten Teilen des Magneten erhält man immer wieder Magnete mit beiden Polen, soweit man auch die Teilung treiben mag.

Die Führungslinie durch alle Räume des Deutschen Museums in München ist 16 Kilometer lang. Man braucht also reichlich drei Stunden, um hier durchzugehen, ohne sich irgendwo aufzuhalten.

Mit 10 Ziffern drücken wir alle Zahlen aus, und wir haben uns an dieses Notensystem so gewöhnt, daß wir gar nicht an die Möglichkeit eines anderen denken. In Wirklichkeit hat es aber auch schon Dreier-, Vierer- und Achtersysteme gegeben. Ja, bei den Mexikanern war ein Awanigersystem und bei den alten Babylonern sogar ein Sechzigersystem in Gebrauch. Unser System wurde offenbar durch die zehn Finger unserer Hände beeinflusst.

Der Petroleumvorrat der ganzen Welt wird vom Bergwerksamt der Vereinigten Staaten für 1924 mit 1113 Millionen Barrels (je zu 168 Liter) angegeben.

Der Duft der Orangenblüten gilt heute noch in der Arzneiwunde als Mittel zur Appetitregung. Tabak reißt man unter die logisierenden Porzums ein, d. h. diejenigen, die die Gehirnstätigkeit beeinflussen. Parfüms wie Roschus u. dergl. wirken als Aphrodisiaka (geschlechtsanregend).

Ein neues Masernschutzserum.

Von Dr. G. Rosbacher.

Trotz der unbefriedigend großen Fortschritte der Bakteriologie und Seuchenbekämpfung ist es bisher immer noch nicht gelungen, den Erreger der Masern zu finden. Und bis vor wenigen Jahren standen die Ärzte, sowohl was Verhütung wie Heilung dieser unendlich verbreiteten Kinderkrankheit anbelangt, machtlos da. Im allgemeinen gelten die Masern als verhältnismäßig harmlose Erkrankung, die eben jedes Kind durchzumachen hat. Für das Schulkind mag diese Ansicht im großen und ganzen zutreffen. Ganz anders aber liegen die Verhältnisse beim Kleinkind (zweites bis fünftes Lebensjahr) und beim Säugling. Bekanntlich ist die Sterblichkeit der Säuglinge ebenso hoch wie die der alten Leute; aber auch das Kind von zwei Jahren ist noch ebenso stark gefährdet wie der fünfjährige bis Sechsjährige, während das dritte Lebensjahr immer noch die gleiche Sterblichkeit aufweist, wie das Alter von 45 bis 60 Jahren.

Unter den Todesursachen, die zu der außerordentlich hohen Sterblichkeit der Kleinkinder führen, stehen an erster Stelle die Masern, Keuchhusten, Scharlach und Diphtherie. In den Proletariatskreisen ist die Kleinkindersterblichkeit an Masern und Keuchhusten 10 bis 15 mal so groß wie in den sozial besser gestellten Schichten der Bevölkerung. Die Ursache für diese Erscheinung ist in dem Kinderreichtum der Armer zu suchen; das älteste Kind überträgt eben hier die Krankheit auf eine größere Zahl von kleinen Geschwistern, von denen — im Proletariatsmilieu — ein hoher Prozentsatz rachitisch und damit in besonders starkem Maße der Gefahr ausgesetzt ist. Im Verlaufe der Masern eine schwere Lungenentzündung zu bekommen und daran zugrunde zu gehen. Im Gegensatz zum Säugling und Kleinkind ist die Sterblichkeit der Schulkinde an dieser Krankheit unendlich viel geringer. Deshalb geht das Streben der Ärzte dahin, den Zeitpunkt der Masernerkrankung ins Schulalter zu verschieben. Es kommt also darauf an, bei gesunden Kindern, die mit einem Masernkranken in Berührung gekommen waren, in der Zeit zwischen der Ansteckung und dem Ausbruch der Erkrankung Verhütungsmaßnahmen zu treffen.

Im Jahre 1919 hat der damalige Direktor der Universitätskinderklinik zu Greifswald, Professor Degtow, entdeckt, daß man den Ausbruch der Masernerkrankung verhindern kann, wenn man den Kindern, die mit einem Masernkranken in Berührung gekommen sind, also sich infiziert haben, rechtzeitig das Serum von Personen einspricht, die kürzlich Masern überstanden haben und sich in der Genesung befinden. Allerdings gibt es auch Fälle, in denen sich der Ausbruch der Masern trotz Einspritzung von Keimkulturschutzserum nicht verhindern läßt. Aber auch hier wird zum mindesten erreicht, daß die Erkrankung außergewöhnlich leicht und harmlos verläuft. Diese Methode der Masernerkrankung mit Keimkulturschutzserum hat die Nachteile, daß sie nur bis zum sechsten Tage nach der Ansteckung Erfolg verspricht, und daß man auch den genesenen Kindern naturgemäß nur geringe Stimmengen zur Serumgewinnung entnehmen kann; daher stehen verhältnismäßig häufig nicht genügende Mengen Schutzserum zur Verfügung. So wurden denn in der Münchener Kinderklinik von Degtow Versuche mit dem Blut von Erwachsenen angestellt, die in ihrer Kindheit Masern überstanden hatten. Er ging von der Voraussetzung aus, daß bei Erwachsenen, die nach einmaligem Überstehen der Masern ihr Leben lang vor dieser Krankheit geschützt blieben, eben die damals gebildeten Schutzstoffe noch viele Jahre nach dem Ablauf der Krankheit im Blute freizeilen müßten. Entnimmt man nun dem Erwachsenen Blut und spritzt es dem gefährdeten Kinde rechtzeitig ein, so werden auch hier genügend Schutzstoffe übertragen, um den Ausbruch der Krankheit zu verhindern. In der Hälfte der Fälle hat diese Methode vollen Erfolg; in der anderen Hälfte jedoch gelingt es nicht, den Ausbruch zu verhindern; allerdings ist der Verlauf dieser Masern dann außerordentlich leicht. Für das in der Familie befindliche Kind, wo stets genügend Elternblut zur Verfügung stehen dürfte, ist diese Methode als geradezu ideal zu bezeichnen. Entweder es kommt überhaupt nicht zu einer Erkrankung, oder diese verläuft schnell und leicht und verläßt trotz des abgeschwächten Verlaufes dem Erkrankten einen Schutz für lange Zeit wie bei gewöhnlichem Verlauf, allerdings nur, wenn des Erwachsenen Blut spätestens bis zum vierten bis fünften Tag nach der Ansteckung eingespritzt worden ist. Leider werden aber die Ärzte besonders von der sozial niederen Kreise und dem breiten Mittelstand sehr häufig erst dann geholt, wenn die Krankheit schon in vollem Gange ist und eine ungunstige Wendung genommen hat. So ging man denn — wie Professor Degtow selbst in einer ausführlichen Arbeit jüngst berichtet hat, schon im Jahre 1920 daran, ein Masernschutzserum vom Tiere zu gewinnen, das man noch nach dem sechsten Tage einspritzen konnte, um den Ausbruch der Krankheit zu verhindern. Nach jahrelangen Vorarbeiten ist es nun endlich gelungen, von Schafen ein Serum zu gewinnen, das die angesteckten Kinder vor dem Ausbruch der Erkrankung zu schützen vermag. Und zwar entspringt das tierische Masernschutzserum die besten Wirkungen, wenn es erst am siebenten bis zehnten Tage nach der Ansteckung den gefährdeten Kindern eingespritzt wird. Die Dauer des Schutzes beträgt ein bis zwei Monate. Und schließlich vermag nach den Angaben von Degtow das vom Tier gewonnene Schutzserum beim modernsten Kinde selbst das Ausbrechen von Komplikationen zu unterbinden, auch wenn man es erst längere Zeit nach dem Entstehen des Ausschlages dem Kinde einspricht.

Selbstverständlich bedarf das Deutwoische Masernschutzserum noch der gründlichen Nachprüfung. Sollte es sich jedoch bewähren, so wäre eine medizinische Großtat vollbracht worden.

Die dunklen Wolken in der Milchstraße. Schon bei oberflächlicher Beobachtung sieht man, daß die den ganzen Himmel umziehende Milchstraße kein launiger Gürtel von gleichmäßiger Helligkeit ist, sondern daß sie im Innern und am Rand zahlreiche dunklere Stellen von ganz verschieden großer Ausdehnung aufweist. An vielen Orten ist der Lebergang von hellen zu dunklen Flächen nun nicht allmählich; im Gegenteil, er vollzieht sich so plötzlich, die Ränder sind so scharf, daß man kaum annehmen kann, an den dunklen Stellen der Milchstraße schichten mit einem Male alle hellere Sterne. Es liegt vielmehr die Vermutung nahe, daß die beobachtete Verdunkelung durch nicht leuchtende Wolken kosmischen Staubes hervorgerufen wird, die für den irdischen Beobachter vor der Milchstraße gelegen sind und so das von diesen Sternen zu uns kommende Licht stark abschwächen. In neuerer Zeit sind verschiedene Untersuchungen zur Klärung dieser Frage angestellt worden, deren Ergebnisse sehr für die Richtigkeit der Annahme gesprochen haben, daß es sich um dunkle Wolken handle. Es ist sogar mehrfach der Versuch gemacht worden, die Entfernung dieser absorbierenden Staubwolken auf stellarkundlichen Wege zu bestimmen, wobei sich gezeigt hat, daß diese Gebilde uns wahrscheinlich verhältnismäßig nahe sind; für eine bestimmte Wolkengruppe wurden Entfernungen von 150 bis 300 Sternweiten berechnet.

In letzter Zeit hat Hagen (Rom, Vatikanische Sternwarte) gefunden, daß nicht nur in der Milchstraße, sondern am ganzen Himmel solche dunkle Stellen vorkommen. Dadurch hat das Problem eine wesentliche erhöhte Bedeutung gewonnen; denn wenn die Hypothese, die Sternleere seien dunkle Nebelmassen, zu Recht besteht, dann ist die Sternverteilung am Himmel in Wirklichkeit ganz anders, als wir sie wahrnehmen. Gerade mit dieser Sternverteilung ist aber in vielen stellarkundlichen Untersuchungen gearbeitet worden; diese Arbeiten würden ganz erhebliche Korrekturen erfahren müssen, damit ihre Resultate für die durch die neue Annahme gezeichneten Verhältnisse Gültigkeit haben.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
8 Uhr: **Wozzeck**
Opernhaus
am Königsplatz
8 Uhr: **TOSCA**
Schauspielhaus
8 U: Duell am Lido
Schiller-Theater
5: Wallerst. Lager
Die Piccolomini

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Carmen
(M. Otsszka)
Abonn.-Turnus III

Deutsches Theater
8 Uhr:
Marx und Maximilian

Kammerspiele
8 1/2 Uhr:
Josephine

Die Komödie
Kurfürstendamm 205/7
8 1/2 Uhr:
Viktoria
Heute und morgen
11.15 Uhr:
Nach Vorstellung
Blauer Vogel
Wasi und Akis
oder:
Die Frau mit den
zwei Ehemännern
Ein türk. Liebespiel
von Arn. T. Wegner
und Lola Landau

Lessing-Th.
8 Uhr:
Gastspiel d. Salzen-
burgs Bühnen
**D. fröhliche
Weinberg**

Kleines Th.
8 1/2 Uhr:
**Ein Spiel
von
Tod u. Liebe**
v. Romain Rolland

Central-Theater
8 Uhr: **Eva Bonheur**

Metropol-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Ko no Nanette

SCALA
8 Uhr:
**Ratoucheff's
Puppenladen**
und weitere
10 Klassikertruppen
von Weltruf
Sonntag 3⁰⁰ zu er-
mäßigten Preisen
das volle Progr.

esonders
wirksam sind
die KLEINEN
ANZEIGEN im
„Verwärts“
und trotzdem
IT BIRNIG IT

Volksbühne
3: Der Kaufmann
von Venedig
8 Uhr:
Sturmflut
Morgen
3 Uhr: Sturmflut
8 Uhr: **JUDITH**

**Theater am
Schiffbauerdamm**
8 Uhr:
Der Tausch
Morgen 8 Uhr:
Der Tausch

Sport-Palast
6⁰⁰ Uhr abends
Deutsche
Eislauf-Meisterschaften
im Kunstlauf
Internationale Eis-Hockey-Wettspiele
Göta-Stockholm
gegen
Berliner Schlittschuh-Club
Eintritt Mark 1.— bis Mark 5.—

Elite-Sänger
Tägl. Kothbuser Str. 8 Sonntag
8 Uhr: Der neue Schlager 8 Uhr
„Berliner Luft“
(Gewerbeführerschützende Situationen)
Dann das lustige Belorodr.

Circus Busch
Sonntag, d. 8. März, 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Premiere
Das neue Manege-Schauspiel
Cagliostro
**Der Zauberer
von Paris**
Der genialste Schwindler, Aben-
teurer und Geisterbeschwörer
des 18. Jahrhunderts.
Geheime Geschichten
und
rätselhafte Menschen?
10 Akte
nach d. Memoiren Cagliostros u. d.
Generalstaatsanw. v. Frankreich
inszeniert von Adolf Steinmann
**Der mysteriöse Todes-
marsch der Aristokraten
in die Finlen der Seine.**
Aus dem Blutmeer
der Revolution
steigt die junge Freiheit
her: Ein große Oper-Parade.
Sonntag nachmittag 3 Uhr halbe Preise
Das volle Programm.
Zum Schluß: Manege-Schau
„Die Gorillabraub“

Komische Oper
8 1/2, Direktion James Klein 8 1/2,
Berlin-Memö
Die Revue der Zukunft I. 16 Bild.
u. a.: Japan in allen Jahres-
zeiten / Der Komponisten-
ball / Der Traum d. Maters
: Das Fest der Millionäre :
Preise 1-7.50 Logen, Kabinen 18.-
Sonntag 3 U. volle Vorstellung in halber
Preise und halbe Erwachsene 1 Kind frei

WINTER GARTEN
Los 3 Codonas
Hochturner in höchster Vollendung
im Rahmen eines abwechslungs-
reichen Varieté-Spielplans.
Sonntag nachm. 8 1/2, U. halbe Preise
Rauchen gestattet!



Jackie
der kleine
Lumpensammler
TÄGLICH

- Theater **MOZARTSAAL**
- Theater **TURMSTRASSE**
- Palast **KÖNIGSTADT**
- Theater **ALEXANDERPLATZ**

Reichshallen-Theater
Abends 8 U., Sonntag nachm. 3 U.
Stettiner Sönger
Das: Der letzte Postillon
Liedm., halbe Preise, Teller Programm
Dönhoff-Brett
10 Nummern
Tanz und Urfrivolität!

Die vom Höfen Baden, vom U. D. R., vom Jurekstein, vom Alpen, vom Jille, vom Reimann, vom Karrikaturisten, vom Gefährde und allen
anderen Hüllen, sie geben sich ihr letztes
Stellbilden auf dem letzten Maskenball
dieses Jahres, auf dem Ball der Bälle, dem
des berühmte Kölner Karnevals, dirigiert mit seinen weltberühmten Schlegeln los Ganze. Die schönsten Frauen sowie die besten Kostüme und Masken werden prämiert.
Eintrittspreise inkl. Steuer und Abgabe für die Hochwasserbeschädigten am Rhein für Damen Mark 4.— und für Herren Mark 5.—
Vorverkauf: Theaterkassen Wertheim, Bote u. Bot, Junthaus und im Volkstheater Weinhaus Dreher, Kurfürstendamm 22. Telefon: Bismarck 1835.

HUNDE
Katzen, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neuen Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 U., 4-6 Uhr

Ischias
In 10-15. Sitz- und Steh-
lagen, wenn
Arzt. fortgeschritten
in 10 Tagen sind
schwere Fälle heilbar werden. Spezialist
Heilung und Schmerz. Arzt. empfohlen.
Revaldenstraße 108, 9-11, 1-4. Sonnt. 10-12. auch

CIRCUS MULLERSTR. 145
WILH. HAGENBECK
Sonntag u. Sonntag 2x
nachmittags 3 1/2 Uhr, abends 8 Uhr
Preise von 50 Pf. bis 4.50 M.
Vorverkauf: Wertheim und Circuskasse.
TIERSCHAU 10.-1 - HOLZBAU - DAMPFHEIZUNG.

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82
Wochentäglich
VIER-UHR-KAFFEE
(Promenadenkonzert)
Abend außer Montag: Gesellschaftsabend, Tanz
Sonntag: Doppelkonzert, Gesellschaftsabend, Tanz

Auf Teilzahlung
liefert
elegante Herren-Moden
fertig und nach Maß
unter Garantie für
tadellosen Sitz
und Verarbeitung
**Maßschneiderer
J. Kurzberg**
Oranienstr. 160, I.
Chausseestr. 1.
Eingang Eisener
Straße

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Montag, den 8. März, nachmittags
8 Uhr, im „Rottbuser Saal“,
Rottbuser Straße 19:
Verammlung
aller in den Zeugschmiede- Innungs-
betrieben beschäftigten Kollegen.
Tagesordnung: 1. Bericht der
Rechtsanwaltsdelegationen. 2. Bericht des
Die Ortsverwaltung.

**Der gute Kapitän-
Kaufabak**
ist in der neuen Dreyer-
gondelle erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kglst. 3861

**Mieten Sie von uns
Staub-
sauger**
ORION
Dieser ist in
6 Monaten
Ihr
Eigentum
P. Raddatz & Co.
Berlin W 66, Leipzigerstr. 122-123

**Großes
Schauspielhaus**
**Für
Dich**
CHARELL-REVUE
TÄGLICH 8 1/2

**Deutsches
Opern-Theater**
8 Uhr:
Paganini
Th. u. Kurfürstendamm
8 1/2 Uhr:
**Die Nacht
der Nichte**
Lustspielhaus
8 Uhr:
Die rote Cléo
Wallner-Theater
8 Uhr:
Holportage

Resident-Theat.
8: Foppe, d. Egoist
Sonntag 3 1/2 Kl. Pr.
Die Durchgangerin

Theater-Theater
8: D. alte Dessauer
Dahl, Thymann
Wendelin

Th. d. Kommandanten
8 Uhr:
Lene, Lotte, Liese
Wauß, Der, Hoff

Theat. d. Westens
Tägl. 8 Uhr:
**Das Spiel
u. die Liebe**
Operette
von Gilbert
0.30 bis 10 Mk.
Friedenspreise

Th. in d. Klosterstr.
Heute u. Str. 8 Uhr
Johannistener

Th. u. d. Trianon-Th.
Zentr. 2/91
**Berlin lacht
von 8 bis 12**
Die Revue
der Einakter

Borsowsky-Bühnen
Theater
Königsplatz-Str.
7. Hasenheide 2. 11.
8 Uhr:
Nimm lux will
er sich machen
Stg. 3 1/2 U. Kl. Pr.
Wie es sich gefügt

Hombödenhaus
Tel.: Norden 6004
8 Uhr:
Der Garten Eden
Stg. 3 1/2 U. Kl. Pr.
Kopf oder Schrift

Die Trübsinn
Tel.: Wilhelm 5365
8 Uhr:
Der entsetzte Wahn

Th. in d. Lützowstr.
Tägl. 8 1/2 Uhr:
**Lempke's
sol. Witwe**
Musik v. Dr. R. Hirsch
Volles Preis 1-4 M.
in Vorverkauf
Tel. 104. Werk 20. 1/2. 1/2.
12. nach 48. Kaderweg.
Der gestiefelte Kater

Walhalla-
Th. - Weberstr.
8 1/2: Die kleinen
Vagabunden
Karl-Ludwig
Sonntag nachm. 4 U.
Königin Luise
Sonntag nachm. 4 U.
Tisch, deck' dich!

Rose-Theater
4: Hängel u. Gretel
8 1/2 Uhr: Die vier
Schäufelner

Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr:
Haller-Revue
achtung!
Welle 505
30. Woche
Letzter Monat
Sonntag-Vorst.
3 Uhr nach-
mittags und
8 1/2 Uhr abds

Lawsitzer Platz 16
Nähe Gör-
litzer Bahnhf.
Pumpen-
und Wasser-
schlauch-Fabrik

Neues Th. am Zoo
Altabend. 8 Uhr:
Guido
Thielscher
in
Stöpsel
Theater: Partell-28.
Park-Part. 3-4 N. Sonnt.
Freitag 5 U. Sonnt. 6 U.
Vorverkauf einschließen
Am Montag 8. 2.
zum 50. Male!

Th. a. Hollendorpl.
8 Uhr:
**Die offizielle
Frau**
Operette in 3 Akten
Preise 1 M. bis 6 M.